

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Welt“ mit „Stellung und Kleinanzeigen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 15. Mai 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise: Die einzeilige Komposition... Die einzeilige Komposition... Die einzeilige Komposition...

Clas putscht für Hohenzollern. Ein Briefwechsel mit Haus Doorn.

Die Hausfuchung bei dem Führer der Alldeutschen Geh. Justizrat Clas hatte bekanntlich die Beschlagnahme einer Korrespondenz mit dem Hause Doorn zur Folge.

Berlin, 15. Dezember 1925.

An des Kaisers und Königs Majestät. Allerhochachtungsvoller Kaiser und König! Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Eure Majestät haben mir durch die Kundgebung Ihrer Anerkennung vom 9. Dezember und durch die gnädige Widmung Ihres Bildes eine große und besondere Freude bereitet.

Die Kundgebung Euer Majestät war für mich und meine Freunde um so bedeutsamer, als wir glauben, in ihr die Bestätigung dafür zu finden, daß unsere Arbeit für Kaiser und Reich in fünfundzwanzig kampferfüllten Jahren im rechten Geiste und mit richtigen Mitteln geführt worden ist.

Eure Majestät dürfen sich versichert halten, daß die um mich gescharten Getreuen, deren Zahl und Bedeutung mit der wachsenden Not gewachsen ist, mit unerschütterlichem Willen am Werke sind — mit dem Ziele, in dem gereinigten und befreiten Vaterlande das Hohenzollerische Kaiserreich in erhöhtem Glanze aufzurichten zu helfen.

Wir sind trotz der verzweifelten Lage des Vaterlandes unseres endlichen Sieges um so gewisser, als der gemeinsame schwere Kampf die führenden Männer der alldeutschen Bewegung zu einer einzigen Gemeinschaft zusammengeschweißt hat, deren rastlose Arbeit allein dem Dienste des deutschen Volkes und Kaiserreichs geweiht ist.

Wenn etwas die Entschlossenheit und Zuversicht unserer Kampfgenossenschaft steigern konnte, war es die gnädige Kundgebung Euer Majestät.

In Ehrerbietung verharre ich Eure Majestät immer getreuer (gez.) Clas.

Berlin, 26. Januar 1926.

An Ihre Majestät die Kaiserin. Allerhochachtungsvollste Kaiserin! Allergnädigste Kaiserin und Herrin!

Euer Majestät gnädiges Schreiben vom 9. Januar laufenden Jahres habe ich richtig erhalten und spreche meinen aufrichtigsten Dank dafür aus.

Es ist mir eine Ehre zu erfahren, daß Euer Majestät eine Begegnung mit Seiner Majestät dem Kaiser begrüßen würden, ich bin aber auch selbst der Meinung, daß einer solchen Bedenken im Wege stehen. Wenn ich mir einen Vorschlag erlauben darf, so geht er dahin, in Erwägung zu ziehen, ob nicht Fürst Otto zu Salm-Horstmar, der in alter Treue zu seinem Kaiser und König steht und in Barlar (bei Coesfeld Westfalen) leicht greifbar ist, mit einer Einladung bedacht werden könnte.

Selbstverständlich bin ich sehr gern bereit, Euer Majestät von Fall zu Fall auf dem angegebenen Wege auch selbst brieflich Bericht zu erstatten. Heute stehen wir ganz unter dem Eindruck der Tatsache, daß der Generalfeldmarschall trotz alles Borgefallenen im Reichskanzler Luther einen großen Staatsmann erblickt und sich von dem Einflusse nicht freimachen kann, den dieser gleich Dr. Stresemann Verderbliche auf ihn ausübt.

Wir sind uns darüber klar, daß nicht nur das persönliche Ansehen des Reichspräsidenten davon abhängt, ob er — bevor es zu spät ist — die Wahrheit erkennt und daraus die notwendigen Folgerungen zieht, sondern, daß auch die nächste deutsche Zukunft davon bestimmt sein wird. Es ist ein Jammer zu sehen, wie der Generalfeldmarschall Deuten Vertrauen schenkt, die nicht nur verfehlt, sondern in ihren bisherigen Handlungen das Vaterland schwer geschädigt haben. Heute geben die politischen Urheber der Dawes-Verträge deren Unausführbarkeit zu — aber der Reichspräsident schenkt dem dabei höchst mitverantwortlichen Dr. Luther noch sein Vertrauen!

Gehe Gott, daß die Versuche, ihn aufzuklären, recht bald Erfolg haben.

Die Not nimmt zu; die Kommunisten bereiten sich auf den großen Schlag vor, den sie führen wollen — die Regierung und das selbe Bürgertum verjagen. Angesichts dieser Tatsache haben wir

zur väterländischen Selbsthilfe aufgerufen, indem wir die „Deutsche Notgemeinschaft“ ins Leben gerufen haben.

Ueber diesen Vorgang unterrichten die beigelegten Drucksachen. Wir hoffen, daß sich daraus Brauchbares entwickelt, das den Kern einer entschlossenen und starken Rechtsbewegung abgeben kann.

Euer Majestät bürge ich sehr, Seiner Majestät die treuesten Glückwünsche zum Geburtstage übermitteln zu wollen.

In Verehrung verbleibe ich Euer Majestät sehr ergebener (gez.) Clas.

Die sogenannten Vereinigten Vaterländischen Verbände erlassen eine Erklärung, die man gegenüber den bisherigen Versuchen, alles abzuleugnen, immerhin als ein halbes Geständnis bezeichnen darf. Sie lautet:

Wir warnen die Öffentlichkeit, auf die Tendenzlügen von einem bevorstehenden Rechtsputsch hineinzufallen. Die Wahrheit ist, daß kein ernst zu nehmender Mann einen unausführbaren Putsch plant. Aber, selbstverständlich beanspruchen wir für uns als Mitglieder das Recht freier Meinungsäußerung und Notwehr für den fast allgemein befürchteten Fall einer bevorstehenden zweiten Revolution.

Den Zweck der Tendenzlüge vom Rechtsputsch, der bereits einen Tag früher in französischen Zeitungen gemeldet wurde ist, diese Linksrevolution, die durch den Terror des Roten Frontkämpferbundes und Reichsbanners vorbereitet ist, herbeizuführen. Dafür ist bezeichnend, daß gleichzeitig mit der Verdächtigung der väterländischen Verbände, die aufgelöst werden sollen, von Severing ungehindert, 100 000 Kommunisten nach Berlin zusammengelockt werden, daß das Kleeblatt von Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten, die in der Fürstenberaubung sich zusammenschanden, jetzt das Kabinett gestürzt hat. Sie wollen selbst das neue Kabinett bilden, den Volkseinsatz mit staatlichen Gewaltmitteln beeinflussen und auf diesen gestützt, die

Linksdictatur einführen, deren Folge der russische Bolschewismus ist.

Mitbürger! Schließt Euch zusammen, schützt Euer Hab und Gut, Eure Kinder und Familien! Seid einig als väterländisch denkende Deutsche!

Daß keiner der sich selber sehr ernst nehmenden Männer an einen „unausführbaren Putsch“ denkt, soll ihnen aufs Wort geglaubt werden. Sie denken an einen Putsch, den sie für ausführbar halten und den sie politisch, militärisch und organisatorisch sorgfältig vorbereiten.

Ueber die militärische Vorbereitung gibt der Knauerische Aufmarschplan gegen Berlin Aufklärung, über die organisatorische unterrichtet die famose Putschverordnung mit ihren dreißig Erschieß- und Hängeparagrafen. Die politische Vorbereitung schließlich kommt in der vorstehenden Erklärung in ganz klarer Weise zum Ausdruck.

Der geplante Rechtsputsch sollte drapiert werden als „Notwehr für den fast allgemein befürchteten Fall einer bevorstehenden zweiten Revolution“. Wann diese „zweite Revolution“ ausgebrochen sein sollte, darüber zu befinden lag ganz im Belieben der Putschleitung. In dem Augenblick, in dem die „ernstzunehmenden Männer“ den Putsch für ausführbar hielten, sollte die Gefahr der „zweiten Revolution“ proklamiert und losgeschlagen werden.

Zu diesem Zweck hat sich jetzt schon ein rechtsputschistisches Bürgerkriegspressquartier aufgetan, das für die nötigen Zweckdinge sorgt. Die Behauptung, daß Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam die zweite Revolution vorbereiteten, ist freilich so blödsinnig, daß man sie politisch unterrichteten Menschen nicht vorsehen kann. Jeder politisch Unterrichtete weiß, daß die Sozialdemokraten für die bestehende republikanisch-demokratische Verfassung eintreten und sie nach allen Seiten hin verteidigen. Er weiß auch, daß sich die Kommunisten zurzeit in einem inneren

Der neue Kanzler: Adenauer? Horion?

Gehlers Bemühung gescheitert.

Reichsminister Dr. Otto Geßler hat im Laufe des Freitag dem Reichspräsidenten mitteilen müssen, daß es ihm nicht gelinge, auf der Grundlage der bisherigen Koalition der Mitte eine neue Regierung zu bilden.

Inzwischen ist nun, wie wir schon im Abendblatt berichten konnten, Oberbürgermeister Adenauer-Köln, der Vorsitzende des Preussischen Staatsrates, telephonisch nach Berlin gebeten worden. Diese Einladung erfolgte durch die Zentrumsfraktion des Reichstages, die gleichzeitig den gleichfalls dem Zentrum angehörenden Landeshauptmann der Rheinprovinz, Horion, nach Berlin entboten hat.

Wie wir hören, macht die Deutsche Volkspartei gegen Adenauer wie gegen andere bisher genannte Kandidaten Einwendungen geltend. Ihr kommt es darauf an, auf dem Umwege über den Kanzlerposten Anschluß an die Deutschnationalen zu finden, während bisher beim Zentrum keine Reigung, nach dieser Richtung zu pendeln, zu erkennen ist.

Ueber die Haltung der demokratischen Fraktion schreibt der „Demokratische Zeitungsdienst“:

In den Beratungen der Demokratischen Reichstagsfraktion kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß die Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition erwünscht sei, solange der Versuch einer Regierungsbildung auf der Grundlage der großen Koalition nicht verwirklicht werden könne.

Die Volkspartei will die Demokraten augenscheinlich unter das laudische Joch zwingen, die Flaggenverordnung auf jeden Fall aufrechtzuerhalten und durch ein nachträgliches Bekenntnis zu dem „Wahrgreif des Kanzlers“ erst die Möglichkeit ihres weiteren Verbleibens in der Koalition zu schaffen.

Ob die Demokraten unter dieses Joch sich begeben, muß man abwarten. Die Volksparteier glauben bei ihren Nachbarn von rechts wahrscheinlich um so mildere Umstände zu finden, wenn sie recht forsch gegen die Demokraten auftreten. Sie vergessen dabei nur, daß jede nachträgliche Anerkennung der Flaggenverordnung durch die neuzubildende Regierung bei den Sozialdemokraten als neue Provokation und ein neuer Vorstoß gegen die verfassungsmäßigen Nationalfarben und die Republik empfunden werden müßte.



Gärungsprozess befinden, der sie zu jeder ernstlichen Aktion unfähig macht. Schließlich von den „revolutionären Absichten“ der Demokratie zu reden, ist Verlegenheit. Man muß sich nur wundern, daß nicht gleich auch die Deutsche Volkspartei als geheime Partnerin einer bolschewistischen Verschönerung entlarvt wird.

An die bevorstehende zweite Revolution glauben diese „Vaterländischen“ selbst nicht. Sie haben sie bloß erfunden, weil sie einen Borwand zum Vorschlagen brauchen.

Soweit sieht man also ganz klar: Erst die Zweiflügel für den Bürgerkrieg, dann der Marsch auf Berlin, dann die Erschieß- und Hängeordnung. Das Bild rundet sich.

Aber was ist mit dem fünfköpfigen Direktorium? Die Benannten leugnen, mit dem Plan etwas zu tun gehabt zu haben. Wohl hat Claf den bekannten Brief an Reumann in Lübeck geschrieben, in dem auch Hugenbergs Erwähnung getan ist. Aber Reumann weiß von nichts, und Hugenberg weiß von nichts. Wären sie Kommunisten, so hätte man sie schon verhaftet und konfrontiert, dann wäre man der Wahrheit vielleicht schon einen Schritt näher.

Bemerkenswert ist allerdings, daß Hugenbergs „Vokal-Anzeiger“ behauptet, Reumann habe Claf auf seinen schon veröffentlichten Brief eine Absage erteilt. Wörtlich:

Dr. Reumann hat die ganze Sache überhaupt nicht ernst genommen und auf diesen Brief sofort kategorisch geantwortet, daß er an solchen Plänen niemals beteiligt zu sein wünsche.

Interessant, interessant! Also Reumann hat den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Claf, „überhaupt nicht ernst genommen“, und er hat solche Pläne immerhin brentlich gefunden, hat er doch — angeblich — „kategorisch“ geantwortet, er wüßte niemals an ihnen beteiligt zu sein. Läßt sich daraus nicht schließen, daß diese Pläne immerhin nicht ganz stubenrein und mit einem gewissen Risiko verbunden waren?

„Nicht ernstnehmen“, ist überhaupt die Parole der Reichspresse. So heißt es in der „Deutschen Tageszeitung“:

Was von dem ganzen Kummel an Tatsächlichkeiten übrig bleibt, das ist, daß ein Gremium von Leuten, die sich von realpolitischen Erwägungen und von der Abschätzung gegebener Möglichkeiten kaum beschwert fühlen, phantastische Pläne entworfen hat über die Art, wie sie sich eine Reorganisation der deutschen inneren Verhältnisse denken.

Wieder sehr interessant! Also die Pläne, die frech abgelehnt werden, solange sie nicht Schwarz auf Weiß vorgelesen wurden, existieren. Aber die, die sie entworfen haben, sind Leute, die die „Deutsche Tageszeitung“ von der Höhe ihrer „realpolitischen Erwägungen“ aus verachtet. Recht schlimm für diese Leute — aber ist das ein Grund für die Polizei, sich nicht für sie zu interessieren?

Von einem Mann kann man heute schon sagen, daß er des Hochverrats überführt ist, das ist der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Claf. Dieser Mann, der im Hause der hiesigen tschechoslowakischen Gesandtschaft eine fürstliche Wohnung innehat, betreibt von dort aus die Organisation eines gewaltsamen Umsturzes, deren Früden nach allen Seiten hin laufen, auch, wie die neuesten Veröffentlichungen beweisen, nach Doorn. Man wundert sich jetzt weniger denn je, daß die „Vaterländischen“ am Sonntag „gegen die Fürstenteianung“ demonstrieren wollen.

Claf hat nun durch seine Verschwörerbriefe eine Menge Leute in Verdacht gebracht, die jetzt von nichts wissen wollen, von denen vielleicht der eine oder der andere wirklich bisher nichts wußte. Vielleicht gehören auch jene Halbgeister der westdeutschen Industrie dazu, die jetzt zornbehebend Sirafontrog gegen — den Berliner Polizeipräsidenten stellen, weil sie das Ungeheuer einer Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen mußten. Zu ihrem Pech hat aber der Berliner Polizeipräsident damit nichts zu tun, weil er gar nicht dafür zuständig ist. Merkwürdig, daß sie nicht darauf gekommen sind, sich an den Essener Polizeipräsidenten zu halten!

Aber das ist klar, daß der Berliner Polizeipräsident hien muß. Das ist nach der Auffassung der ganzen Rechts-

presse die einzige gerechte Lösung. Möglich ist sie allerdings erst nach dem Sieg der guten Sache.

Zu dem ist's aber jetzt vielleicht, gerade wegen dieses verfluchten Polizeipräsidenten, noch ziemlich weit hin!

## Der harmlose Wiking.

Stammrollen, Waffenbesitz, militärische Ausbildung, Beseitigung der Republik.

Ehrhardts scheinheilige Beteuerungen von der Harmlosigkeit seines Wikingbundes veranlassen den Preussischen Pressedienst zu folgenden Feststellungen:

Der im Vereinsregister des Amtsgerichts München eingetragene Verein „Bund Wiking“ ist eine Verbindung, die nach § 2 ihrer Satzungen angeblich nur die Erneuerung Deutschlands auf nationaler und völkischer Grundlage erstrebt. Aus zahlreichen, hier vorliegenden Urkunden, Befehlen und Anweisungen über Ausbildung, Marsche und Schießen, über Abzeichen, Stammrollen und Wehrliches folgt indessen, daß der Bund „Wiking“ ein militärisch organisierter und militärisch durchgebildeter Kampfbund ist. Seine Mitglieder besitzen Waffen. Erst kürzlich hat der Bund, der eine Fortsetzung der Marinebrigade Ehrhardt ist und bereits im Februar 1924 zur Zeit des militärischen Ausnahmezustandes vom Militärbehörden aufgelöst war, eine enge Arbeitsgemeinschaft mit dem Verein „Diamant“, deutscher Verein für Leibesübungen e. V., geschlossen, bei dessen Führer jetzt ein militärischer Aufmarschplan für verschiedene geheime Wehrorganisationen gegen die Reichshauptstadt beschlagnahmt worden ist. Mit dergleichen Plänen stimmt es überein, wenn der „Wikingbund“ es als sein Ziel erklärt, „bereits durch seine Mitglieder als gute Soldaten seinem Führer die Möglichkeit zur Durchführung seiner Ideen zu geben“. Welcher Art diese Ideen sind, ergibt sich daraus, daß der Bund selbst sich als „monarchisch“ bezeichnet und die Erfüllung des monarchischen Prinzips zu seinen Zielen zählt. Diese will er „nicht mit schönen Reden durchsetzen, sondern mit Gewalt, auch wenn andere nationale Verbände es nicht fertig bringen, ihre Forderungen durchzusetzen, weil die Masse ihrer Anhänger sich hinter den Ofen verdrückt, wenn es hart auf hart gehen sollte“. Solche Äußerungen sind nur im Sinne einer gewaltsamen Beseitigung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform zu verstehen. Diese tatsächlichen Bestrebungen des Bundes sind bisher vor der preussischen Staatsregierung geheimgehalten worden. Sie werden durch vorliegende Urkunden erwiesen. Darnach rechtfertigt sich das Verbot und die Auflösung des Bundes „Wiking“ gemäß den eingangs angezogenen Befehlsbestimmungen.

## Preußen gegen die Flaggenverordnung.

Einspruch im Reichsrat.

Der Staatssekretär im Preussischen Staatsministerium Dr. Weismann hat am Freitag nachmittag in der Plenarsitzung des Reichsrats folgende Erklärung namens der Preussischen Staatsregierung abgegeben:

Nach Artikel 67 der Reichsverfassung ist der Reichsrat von den Reichsministerien über die Führung der Reichsgeschäfte auf dem Laufenden zu halten und es sollen zu Beratungen über wichtige Gegenstände von den Reichsministerien die zuständigen Ausschüsse des Reichsrats zugezogen werden.

Diese Vorschrift ist bei dem Erlass der von dem Herrn Reichspräsidenten am 3. d. M. unter der Gegenzeichnung des Herrn Reichstanzlers vorgehenden Flaggenverordnung und bei den diesem Erlass vorhergegangenen Beratungen nicht beachtet worden. Ich bin beauftragt, namens der Preussischen Staatsregierung gegen eine solche Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichsrats Einspruch zu erheben. Daß es sich bei dem Erlass der Flaggenverordnung um einen wichtigen Gegenstand gehandelt hat, hat die Reichsregierung dadurch selbst zum Ausdruck gebracht, daß sie die zu treffende Regelung nicht im Wege einer Verwaltungsanordnung in Kraft gesetzt, sondern den Weg einer Verordnung des Herrn Reichspräsidenten unter der Gegenzeichnung des Herrn Reichstanzlers für geboten gehalten hat. Im

übrigen haben wohl die Vorgänge der letzten Tage zur Genüge die Wichtigkeit des Gegenstandes dargetan. Die Preussische Regierung bedauert um so mehr, daß keine Gelegenheit zur Erörterung der Frage im Reichsrat gegeben worden ist, als sie der Ueberzeugung ist, daß eine Aussprache im Reichsrat geeignet gewesen wäre, den inzwischen tatsächlich eingetretenen Folgen vorzubeugen.

Die Preussische Regierung beantragt zum Zwecke einer Erörterung über die grundsätzliche Anwendung des Artikel 67 der Reichsverfassung, die Angelegenheit dem Ausschuss für Verfassung und Geschäftsordnung zu überweisen.

Hessen und Lübeck schlossen sich der preussischen Erklärung an. Für Bayern wird eine Erklärung erst im Ausschuss erfolgen, an den die Angelegenheit entsprechend dem preussischen Vorschlag verwiesen wurde.

Im Reichrat wurde gestern der Beschluswurf der Regierung über die Fürstenabfindung mit 42 gegen 4 Stimmen bei mehreren Stimmenthaltungen angenommen.

## Deutschnationale Kuppelei.

In der Göttinger Stadtverordnetenversammlung.

Götting, 14. Mai. (W.B.) Die heutige Stadtverordnetenversammlung fand durch einen geschlossenen Protest der sozialdemokratischen Fraktion ein vorzeitiges Ende. Der sozialdemokratische Staatsredner hatte u. a. bemängelt, daß noch heute Geschichtsbücher in den höheren Schulen gebraucht werden, die die Hohenzollern und Habsburger verherrlichen. Darauf erwiderte ein deutschnationaler Stadtverordneter, die Sozialisten sollten sich lieber um Barmat und Kautler und um Ebert und seine Munitionslieferungen kümmern. Es entstand ein minutenlanges Lärm und obwohl der Stadtverordnetenvorsteher die Hineinziehung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert in die Debatte als ungebührlich zurückwies, verließen die Sozialdemokraten und Kommunisten geschlossen den Saal. Da nach Fortgang der Sozialdemokraten die Fortsetzung der Beratungen nicht tunlich erschien, mußte die Sitzung abgebrochen werden.

## Des Reichsbanners Generalversammlung.

Magdeburg, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der erste Verhandlungstag der Reichsbanner-Generalversammlung in Magdeburg brachte ein eingehendes Referat des Bundesvorsitzenden Höring über den Werdegang und die Zukunftsaufgaben des Reichsbanners. Die politischen Ziele des Reichsbanners lagen im Schutze der Republik und ihrer Symbole. Der Reichsvorstand des Zentrums habe an die Generalversammlung ein Schreiben gerichtet, in dem er gewisse Richtlinien zur Umgrenzung der politischen Rolle des Reichsbanners aufstellte, die die restlose Billigung des Bundesvorsitzenden gefunden haben. Bittere Klagen erhob Höring über die Haltung gewisser Kommandostellen der Reichswehr, die immer wieder von neuem Verbindung mit den völkischen Rechtswörtern unterhalten, um deren Waffen und Gerät in Obhut zu nehmen und ihre Kadres als Rekrutenmaterial für ihre Egerzierungen zu benutzen.

Im Laufe der Debatte ergriff als Vertreter des Zentrums der Abgeordnete Dr. Krohne das Wort und begründete die Richtlinien der Zentrumspartei über die politische Rolle des Reichsbanners, zu denen sich der Reichsjustizminister Marx ausdrücklich bekammt habe. Marx läßt der Generalversammlung erklären, daß er gar nicht daran denke, sich vom Reichsbanner zurückzuziehen, wie in der Öffentlichkeit immer wieder behauptet werde. Große Erregung löste die Mitteilung der Kongressleitung aus, daß die bayerische Oberstaatsbehörde zwei bayerischen Lehrern den Urlaub zum Besuch des Reichsbannertages verweigert habe, sowie die Mitteilung des Generals von Schönald, daß der berichtigte Oberst Nicolai vom Reichswehrministerium im „Privatdienstvertrag“ angeführt worden sei. Einstimmig wurde diese Entschlieung angenommen: „Das Reichsbanner weiß jeden Kompromiß in der Flaggenfrage zurück. Die Hoheitsflagge der Republik ist und bleibt schwarzrotgold“.

## Dem Kongress.

Von Thomas Mann.

Vom 16. bis 18. Mai 1926, wie bereits mitgeteilt, in Berlin die bekannte internationale Schriftstellerversammlung. Ich habe die Besuche in Berlin mit Thomas Mann die nachstehenden grundsätzlichen Ausführungen gemacht, die in der nächsten Nummer (21/22) der „Literarischen Welt“ erscheinen werden und die wir schon heute mit Genehmigung des Verlages Ernst Rowohlt, Berlin, veröffentlichen.

Arosa, Mai 1926.

Der Redaktion der „Literarischen Welt“ weiß ich von Herzen Dank dafür, daß sie mir Gelegenheit gibt, der internationalen Tagung des PEN-Klubs in Berlin meine kollegialen Grüße und frohen Wünsche zu senden. Wäre ich abkömmlich — ich bin es nicht, wirklich nicht; ich muß hier oben, 1800 Meter über der Literatur, die übrigens in Gestalt einer sehr avancierten kleinen Buchhandlung fast herausgreift, im ständigen, sinternden, in der Föhnsonne rufenden und rumpelnden Schnee einer lieben Leidenden Gesellschaft leisten — wäre ich abkömmlich, sage ich, ich kenne meine Pflicht und liebe sie mir nicht nehmen. Ich käme nach Berlin, um dabei zu sein, den ausländischen Gästen Honneurs zu machen und mich dankbar zu zeigen für geminnendste Gastfreundschaft, die ich selber in fremden Hauptstädten, in London, in Amsterdam, in Wien, in Paris, im Schoße des Weltklubs genossen, für gefällige Stunden, die mir wieder lebendig werden, während meine Gedanken sich mit der Berliner Zusammenkunft beschäftigen.

Ich bin kein Kongressler und Verbandsbruder, habe nie sehr an Organisation und Gesellschaftlichkeit geglaubt, war immer der Meinung, daß die individuelle Leistung auch dem „Stand“ mehr Ehre bringe, als alle Zusammenrottung, und halte es im Grunde mit Shaw, der nie und nirgends „mitläuft“, auch beim PEN-Klub nicht, und der, als man ihn einlud, in den Vorstand der Reichs-Gesellschaft einzutreten, per Postkarte antwortete: „Ich bin selbst eine Shaw-Gesellschaft.“ Dennoch, jene Stunden an Galsworthy's Seite, mit den Wienern, den Holländern, zwischen dem verschmitzten Romain und dem klug-gemütsollen Jalous, es waren gute Stunden, sie taten mir wohl, erwärmten mir das Herz — warum? Sie schmeckten wohl einem Freundschaftsbedürfnis, das im heimatliterarischen Alltag, in seiner recht harten, recht schneidenden Luft, zu wenig auf seine Kosten kommt und froh war sich im Größeren, Weiteren, Internationalen befriedigen zu können. Denn selbst den Schichtern, den deutschen Provinzmannen selbst, ergreift ja heute der große Zug der Zeit, ihr umfassend und verbindend weltläufiger Hang, macht ihn mondän und führt ihn in Situationen, wie die, deren ich mich freute.

Solidaritätsgefühl — lassen Sie mich ausprechen durch ich bei aller Einzelgängererei, aller deutschen Isolierung davon durchdrungen bin! Als ich jetzt in Paris war, begann bei der Begrüßung durch die „Union Intellectuelle Française“ der junge Maurice Boucher, Germanist, Essayist und Dichter, seine Ansprache so: „Amen Schriftsteller begrüßen wir in Dänen. Und mit diesem Wort verbindet sich uns der Begriff einer Dienstlichkeit und einer Größe, welche die Grenzen ausdehnt im Kultus derselben Vornehmheit und im Trogen derselben Elanerei. Zwischen allen Menschen, die sich mühen, ihren

Gedanken eine Form zu geben, besteht eine internationale und berufliche Solidarität, wie sie alle Arbeiter, die ähnlichen Arbeiten unterworfen sind, eint und verbindet.“ Das rührte mich nicht weniger, es rührte mich nur desto mehr, weil ich selbst es eines Tages gesagt hatte. Mitten im Kriege, in einem verurteilten Buch, den „Betrachtungen“, hatte ich geschrieben: „Dennoch, es gibt eine Solidarität aller Geistesigen; aber sie ist nicht geistiger Art, geschweige denn gar, daß sie demokratischer Art wäre. Diese Solidarität ist organisch, sie ist konstitutionell. Sie beruht auf der Gleichartigkeit der Daseinsform, einer höheren, zarteren, leidenschaftlicheren, leidenswilligeren, dem Befahren fremderer Daseinsform als der gemeinen, sie ist Kameradschaft im Adel, Brüderlichkeit im Schmerz. Hier ist die Quelle aller Duldsamkeit, Gewissenhaftigkeit, aller Herzenshöflichkeit und Ritterlichkeit, kurz aller Bestigung des Geistes. Hier ist auch die Quelle jenes Efels, welche der tiefe und unüberwindlichste jedes geistigen Wesens sein sollte, des Efels vor der Rechtshaberei...“

So ist es. Wir sind nicht alle eines Geistes Kinder, und dennoch ist der Geist ein Einheitsliches als Gegenstand zum stummen und dummen Leben, und solidarisch in seinen Erscheinungsformen. Wo ist der pedantische Barbar, der das Geistesformale und Geistesgeprägte zu ehren sich weigerte, weil es ihm meinungslos entgegen ist? Nur in diesem Sinn aber auch, als Existenzform, ist der Geist international — und selbstverständlich in keinem anderen, demokratisch-negierenden Sinn. Es steht um ihn genau, wie um die Idee „Europa“, aus welcher der PEN-Klub hervorgegangen ist, die er behauptet, vertritt und demonstriert. Sie ebenfalls ist demokratisch allein im politischen Sinn, insofern sie nämlich heute den endgültigen Verzicht auf hegemoniale Träume in sich schließt, die in zahlreichem blutigen Verlaufe sich ad absurdum geführt haben. „Europa“, das bedeutet die freie Ordnung der Völker, es bedeutet internationale Bestimmung, den Abscheu vor nationaler Selbstvergötterung und kultureller Aufdringlichkeit, die Verabschiedung des agnatischen (herausfordernden) Glaubens an Vorherrschaftsrechte der „Lateinischen Zivilisation“ oder der „Deutschen Kultur“. Es bedeutet nicht Schur über einen Stamm, Verleugnung volkstümlicher Ueberlieferung und Schtheit, nationale Entfärbung und Entmesung. Kein Künstler kann dergleichen wünschen, glaube er nun, bürgerlich, an das Individuum, oder, nach neuem Sinne, an die Gemeinshaft; denn diese kann so wenig wie jenes des Charakters entbehren.

Schtheit und Weltfreundlichkeit, das ist die Forderung des Tages. Die Zeit ist weit und mondän, begünstigt wenig das provinzielle Idyll, und wer nur dem eigenen Volk etwas zu sagen hätte, läßt nicht sehr in Betracht. Wenn das glückliche Geheimnis bewahrt sich immer aufs neue, daß, wer den Seinen wirklich bedeutend ist, früher oder später auch die Empfänglichkeit der Welt erfährt. Denn keinem Volke ist wohl allein mit sich selbst, ein jedes bedarf, um nicht zu stagnieren und zu verrotten, der Ergänzung und Befruchtung durch das andere, ja, mit besonderem Entzücken nimmt jedes das menschlich Vertraute in der spezifischen Färbung fremden Erlebnisses auf.

Charakter und Mondanität, — dem Künstler, der sie vereint kann es nicht fehlen, dem Volke, das belübt und bewahrt, ganz ebenso wenig. Und ist damit nicht etwas wie eine Lösung gegeben für das Kameradschaftsfecht der europäischen Schriftsteller?

Wie soll man Musik hören? „Wir hören Musik durchs Ohr, wie alles. Aber es wäre traurig um unsere Kunst bestellt, wenn sie nichts weiter bedeutete als einen auf unser Gehör wirkenden Akkord.“ Diese Grundkenntnis stellt der hervorragende Berliner Chordirigent Siegfried Ochs an die Spitze einer kleinen, sehr populären Abhandlung „Ueber die Art, Musik zu hören“ (Bertelsmann, Berlin), die sich ausschließlich an Laien ohne alle musikalische Vorkenntnisse wendet. Gewiß — so führt Ochs einleitend aus — gibt es keinerlei objektive Merkmale dafür, ob ein Musikwerk schön und künstlerisch wertvoll ist, aber dennoch muß es auch in der Musik bestimmte künstlerische Momente von ewiger Allgemeingültigkeit geben, so daß wir beispielsweise, negativ ausgedrückt, einen Menschen, der Bach und Beethoven langweilig findet, sich dagegen an einem Fopptanz begeistert, mit Recht als unmusikalisch bezeichnen werden. Die Faktoren, die einen wirklichen Musikgenuss verbürgen, sind nun in den folgenden, ungemein leichtverständlichen Darlegungen, die natürlich nur als erste Einführung in die Art, Musik zu hören, gelten können, überzeugend und relativ erschöpfend angedeutet.

Um die Grundlagen des Musikempfindens — die oft gebrauchte Bezeichnung „Musikverständnis“ lehnt Ochs ab, weil Musik am allerwenigsten mit dem Verstand zu begreifen ist — zu erläutern, gibt der Verfasser zunächst einen kleinen Einblick in die technischen Bedingungen des Tonhörens. Der Vale erzählt hier, wie ein Motiv entsteht, wie sich daraus ein Thema entwickelt, wie aus einer Folge von Tönen und Rhythmen eine Melodie gebildet wird, wie diese Melodie durch Harmonien, d. h. durch mitschwingende Begleitöne besondere Reize erhält und daraus die Mehrstimmigkeit hervorgeht. Von da aus gelangt Ochs zu ganz einfachen Erklärungen der Begriffe Kontrapunkt, Kanon und Fuge, veranschaulicht die Entstehung und künstlerische Eigenart von Variationen, und charakterisiert die wichtigsten Kompositionsformen, wie Suite, Sonate, Symphonie, Chorwerk usw. Schließlich geht der Verfasser noch ganz kurz auf das Problem des „Stehens von musikalischen Einfällen“ und auf den Humor in der Musik ein. Der musiklebende Laienwelt, der die theoretischen Grundlagen des musikalischen Schaffens größtenteils fremd sind, wird die fesselnde kleine Schrift gewiß willkommen sein.

Staatsoper. Die morgige durch Mundfunk verbreitete Aufführung des „Jenen Klang“ dirigiert Generalmusikdirektor Reiber.

Das Theater in der Klosterstraße ist von Marie Berghardt für mehrere Jahre gepachtet worden.

Die Festspiele der bayrischen Staatsoper, bei denen nur Werke von Richard Wagner und Mozart zur Aufführung gelangen, werden diesmal vom 1. August bis zum 8. September abgehalten. Generalmusikdirektor Prof. von Knappertsbusch hat die musikalische Gesamtleitung.

Ein amerikanische Unschicklichkeit. Professor Monroe R. Wolf von der bekannten Regierungsviertel Postoffice veröffentlichte gestern eine interessante Statistik über die Unschicklichkeit in Amerika, die deren Entschuldigend seit dem Jahre 1885 darstellt. In diesen 40 Jahren sind im ganzen 4300 Unschicklichkeiten in den Vereinigten Staaten vorgekommen, deren Opfer in 1033 Fällen Weiber und in den übrigen Meger waren. Die Abnahme der jährlichen Ziffer vollzieht sich schrittweise für die „schwarzen Häute“ rascher als für die weißen. Im Jahre 1925 sind überhaupt nur noch 16 Fälle vorgekommen.



# Die Fürsorgepflicht des Reiches.

Und die Einsprüche des Reichsrats.

Der Reichstag verhandelte gestern den Gesetzentwurf über Abänderung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht. Danach sollen künftig beim Beschwerdeverfahren Personen aus dem Kreise der Hilfsbedürftigen mitwirken.

Der Sozialausschuss, über dessen Verhandlungen Abg. Frau Teusch (Zentrum) berichtet, beantragt die Annahme der Vorlage, ferner die Entschliessung, die Reichsregierung zu ersuchen, unersichtlich im Verein mit den Länderregierungen darauf hinzuwirken, daß der neuerlassene § 33a der Reichsgrundgesetz lückenlos durchgeführt wird, dem Reichstag eine Zusammenstellung der von den einzelnen Fürsorgebehörden aufgestellten Richtsätze vorzulegen, ebenso der Einkommenssätze für die Wochenfürsorge, und unverzüglich dem Reichstag einen Gesetzentwurf, betreffend Abänderung der Fürsorgepflichtverordnung vorzulegen, der sinngemäß dem § 33a entspricht.

## Reichstag und Reichsrat.

In Verbindung damit steht die Beratung des Einspruchs des Reichsrats zu dem vom Reichstag beschlossenen Gesetz zur Abänderung der Verordnung über die Fürsorgepflicht, in der die Sozialrentner den Kleinrentnern in der Aufwertungsanpassung gleichzustellen sind. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Am 27. Juli erhob der Reichsrat hiergegen mit 63 gegen 2 Stimmen Einspruch. Dieser Einspruch wurde vom Reichstag zurückgewiesen, der Reichsrat erhob dagegen aufs neue Einspruch, weil die Zurückweisung angeblich nicht geschäftsordnungsmäßig erfolgt sei. Der Geschäftsausschuss des Reichstages empfiehlt nunmehr die Annahme folgender Anträge:

1. Er erscheint in allen Fällen des Einspruchs, den der Reichsrat gegen ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz erhebt, wünschenswert, den Einspruch zunächst zur Beratung an einen Ausschuss zu verweisen.

2. Nach der Geschäftsordnung genügt über den Einspruch eine einmalige Beratung und Beschlußfassung in der Vollversammlung, da die §§ 36, 52 der Geschäftsordnung den Fall der Einspruchserhebung nicht betreffen.

3. Im vorliegenden Falle ist der Einspruch unter allen Umständen dadurch beseitigt, daß die Vollversammlung ohne Widerspruch eines der anwesenden Mitglieder die nur einmalige Beratung und Beschlußfassung über den Einspruch beschließen und den am 14. Juli 1925 gefaßten Beschluß mit Zweidrittelmehrheit aufrechterhalten hat.

## Abg. Karsten-Beine (Soz.)

gibt dem Reichsrat die Schuld, daß der vom Reichstag gefaßte Beschluß zugunsten der Sozialrentner noch immer nicht durchgeführt worden ist. Der Reichsrat habe die Erledigung dieser Angelegenheit überaus lange hinausgezogen. Aber auch das Reichsarbeitsministerium hat keine Hand gerührt, um den Konflikt zwischen Reichsrat und Reichstag aus der Welt zu schaffen und den Sozialrentnern endlich zu ihrem Rechte zu verhelfen. Der Redner wendet sich gegen die letzte Fassung der Vorlage über die Vertretung der für die soziale Fürsorge in Betracht kommenden Personentreise.

Die Sozialdemokratie wird darauf hinwirken, daß der Reichstag endlich eine Fürsorge schafft, die sich sehen lassen kann, daß die bisherige Regelung durch die Verordnung endlich durch einen umfassenden Gesetzentwurf abgelöst wird, damit alle Hilfsbedürftigen eine Fürsorge erhalten, die ihrer als gleichwertiges Glied der Allgemeinheit würdig ist. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Frau Urendsee (Komm.) lehnt das Gesetz für die Kommunisten ab. Es sei ein unbrauchbares Verlegenheitsprodukt.

Abg. Frau Teusch (Zentrum) tritt für einen auch von den Demokraten unterstützten Antrag ein, wonach bei der Durchführung der Fürsorge und bei der Aufstellung der Richtlinien an Stelle der Fürsorgeberechtigten auch Vertreter ihrer Vereinigungen oder von Vereinen, die Hilfsbedürftige betreuen, herangezogen werden sollen. Herangezogen werden sollten dabei neben den Verbänden der Sozialrentner, Kleinrentner und Kreisbeschädigten auch die Gewerkschaften und die Caritasverbände. Eine Hintanhaltung der Fürsorgeberechtigten sei damit nicht beabsichtigt.

Ministerialdirektor Dr. Ritter erklärt sich namens der Regierung mit der Fassung des Antrags Teusch einverstanden. Eine Zurückweisung der Fürsorgeberechtigten sei darin nicht zu erblicken.

Der Antrag Teusch wird angenommen und hierauf in zweiter Beratung einzelne Bestimmungen des Gesetzes. Auf Antrag der Sozialdemokraten findet die dritte Lesung später statt.

## Änderung der dritten Steuernotverordnung

In Verbindung mit der Beratung des Einspruchs des Reichsrats gegen den Gesetzentwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes. Der Reichsrat hatte gegen den vom Reichstag am 27. März auf Antrag Müller-Frankens (Soz.) angenommenen Gesetzentwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Einspruch eingelegt. In der Begründung des Einspruchs hieß es: „Angeichts der Tatsache, daß die Empfänger von Beihilfeleistungen aus öffentlichen Mitteln in der Inflationszeit mit oft nur sehr geringen Goldmarkbeträgen Häuser geschaffen haben, die jetzt einen um das Vielfache höheren Wert darstellen. (Schon die durch die Novelle zum Finanzausgleichsgesetz vom 10. August 1926 erfolgte Herabsetzung der zur Ablösung der Bodenwertsteuerausgleichsteuer bestimmten Grundschulden von 40 Proz. auf 25 Proz. des Goldmarkbetrages des Darlehens vielfach als ungerecht empfunden worden. Völlig untragbar aber muß die nunmehr vom Reichstag beschlossene Rückwirkung der Ermäßigung auf die Zeit vom Inkrafttreten der dritten Steuernotverordnung (14. Februar 1924) erscheinen.“ Der Reichsrat ist der Ansicht, daß durch eine solche Bestimmung eine technisch geradezu unmögliche Verwaltungsarbeit herbeigeführt werden würde.

Der Staatsauschuss, über dessen Verhandlungen Abg. Kell (Soz.) berichtet, beantragt nunmehr an dem Gesetz einige Änderungen vorzunehmen. Das Haus stimmte dem Antrag zu. Nunmehr folgt die Beratung eines Antrages des Zentrums, betreffend Maßnahmen zur

## Linderung der Kreditnot.

Der Ausschuss, über dessen Verhandlungen Abg. Bachmann (Dr.) berichtet, beantragt, gemeinsam mit der Reichsbank und der Rentenbankkreditanstalt bemüht zu bleiben, die von der Goldkreditanstalt zunächst mit einem Kapital von 215 Millionen Mark eingeleitete Maßnahme zum Zwecke der Umwertung schwebender Wechselverbindlichkeiten in langfristigen Hypothekendarlehen wesentlich auszugestalten und die Ersparnisse für die Kreditverlangung aus dem Wege zu räumen.

Der Antrag wird ohne Aussprache angenommen. Zu einem Antrag der Bayerischen Volkspartei zur Verordnung über schiedsgerichtliche Erhöhung von Preisen bei Lieferung von elektrischer Arbeit beantragt der Volkswirtschaftliche Ausschuss, die Regierung zu ersuchen, bis zum 1. Oktober 1926 eine Vorlage über Aufhebung oder Abänderung der Verordnung unter Berücksichtigung der Interessen der Abnehmer einzubringen. Ferner soll der Reichstag erklären,

daß die gesetzliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft durch die einzelnen Länder unerwünscht, und daß sie durch das Reich ersetzt werden soll.

Der Reichswirtschaftsminister wird aufgefordert, mit dem Beirat für Elektrizität die Fragen der Behandlung des Enteignungsrechts für Höchstspannungsleitungen und andere Fragen der Vereinheitlichung der Elektrizitätsversorgung zu erörtern und dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss Bericht zu erstatten.

# Der Kampf um Polen.

Widersprechende Berichte.

Hindenburg (O.-S.), 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ein Sonderkurier aus Kattowitz meldet, daß entgegen anderen Meldungen, der Belagerungszustand bisher nicht verhängt worden ist. Die Zivilmilitärverbände haben einen Aufruf erlassen, der vor der erneut einsetzenden kommunistischen Agitation warnt. Der Verband der Aufständischen hat seine Mitglieder alarmiert. In Bielsk ist zur Abwehr von Witos-freundlichen Demonstrationen der Studenten eine Arbeiterwehr gebildet worden. Die einzelnen polnischen Parteien haben Aufrufe erlassen, die vor der Einmischung in den augenblicklichen rein militärischen Streit warnen. Die Volkswirtschaft Kattowitz versucht vergeblich, mit der amtlichen Warschauer Funktion in Verbindung zu treten. Alle Meldungen aus Warschau treffen verstreut ein und werden anscheinend durch einen geheimen, noch im Besitz der Gegner Pilsudskis befindlichen Sender gesteuert. Nach den Berichten der Gewerkschaften sind

sämtliche Eisenbahnnotenpunkte in der Hand Pilsudskis und der mit ihm sympathisierenden sozialistischen Eisenbahner.

Vier Züge mit Kattowitzer Truppen sind in unbekannter Richtung abtransportiert worden. Die Mehrzahl der Offiziere in Ostoberschlesien stehen zu Witos. Die Witos-freundlichen Parteien agieren mit dem bolschewistischen Schrecken und mit einem, nach ihrer Behauptung drohenden Einfall Litauens in das Wilna-Gebiet. Die Volkswirtschaft gibt bekannt, daß sie die Gelder zur Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung noch für drei Wochen zur Verfügung hat. Die Ausfuhr von Nachrichten aus Polen, die nicht durch die Zensur gegangen sind, wird als Hochverrat bestraft. Mehrere Kattowitzer Strahlblätter wurden im Lauf des Nachmittags beschlagnahmt. Die deutschen und polnischen Zeitungen in Kattowitz sind im Lauf des Tages noch erschienen. Der Grenzverkehr ist bisher nicht gesperrt.

## Warschauer Kampfbericht von der Grenze.

Prag, 14. Mai. (WIB.) Das Tschechoslowakische Pressebureau meldet aus Teschen: In Warschau dauerten heute in der Nähe des Belvedere und in der Vorstadt Dörka die schweren Kämpfe an. Es sollen 200 Tote und 1000 Verwundete zu verzeichnen sein. Der Belvederepalast war bis Freitag mittag noch in Händen der Regierung. In den Donnerstagskämpfen zwischen den regierungsstreuen Truppen und den Pilsudski-Abteilungen ist nach einem offiziellen polnischen Kommuniqué die Zahl der Toten mit 21 und jene der Verwundeten mit 200 festgestellt worden. In den Straßen Warschaus sind Barrikaden errichtet worden. Die sozialistische Partei hat heute in Warschau einen allgemeinen Streik proklamiert. Die Züge verkehren jetzt nur bis zum linken Ufer der Weichsel und treffen nicht in den Bahnhöfen ein. Gestern abend fanden vor den Redaktionsgebäuden der Rechtsblätter Demonstrationen statt. Die beiden Blätter sind nicht erschienen. Die Regierung hat heute einen Aufruf erlassen, in welchem die Bevölkerung aufgefordert wird, mit der recht-

mäßigen Regierung an der Unterdrückung des Aufstandes mitzuwirken. Regierung und Staatspräsident befinden sich weiter im Belvedere-Palast. Nur der Handelsminister ist mit Flugzeug nach Posen abgereist. In dem Hauptquartier der Regierung ist die Nachricht aufgetaucht, daß es unter den Pilsudski-Truppen zu Auseinandersetzungen gekommen sei. Die bisher meistenten Abteilungen des 22. Regiments sollen, wie verlautet, dem Kommandanten den Gehorsam verweigern. Aus dem Regierungskwartier verlautet weiter, daß der Präsident der Republik und die Regierung weiterhin entschlossen sind, die Aktion mit allen Mitteln zu unterdrücken. Die Entscheidung in dem Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Abteilungen Pilsudskis dürfte heute abend fallen. Für beide Parteien treffen aus der Provinz ununterbrochen Verstärkungen ein.

## Witos ächtet Pilsudski.

Danzig, 14. Mai. (WIB.) Die Danziger Vertretung der Polen. Tel.-Ag. teilt mit: Am 11. Mai ist die Regierung des Herrn Witos gewählt worden, die sich auf eine Mehrheit von 240 Abgeordneten der zentralen Gruppen stützte. Am Abend desselben Tages ist es zu Demonstrationen der linken Elemente gekommen, die sich gegen die Regierung erklärten. Am nächsten Tage griffen die in der Umgebung von Sulejow konzentrierten Truppen unter der Führung von Pilsudski Praga an. Der Präsident der Republik verhandelte persönlich, forderte die Unterwerfung und die Waffenstreckung. Pilsudski erklärte, daß der legale Weg aufgehört hat zu bestehen, griff die Stadt an und besetzte das Zentrum. Um die Zivilbevölkerung zu schützen, hat die Regierung das Zentrum der Stadt geräumt und das Belvedere mit Hilfe der Regierungstruppen besetzt. Eine Proklamation der Regierung erklärte Pilsudski der Meuterei schuldig und als außerhalb des Rechtes stehend. Der Kriegsminister General Raczewski schließt die Hauptstadt mit vier Korps ein. Der Geist der meutenden Truppen ist im Verfall begriffen. Der General Sosnkowski in Posen hat Selbstmord begehen wollen. Sein Zustand ist ernst. Die Regierung kündigte die baldige Unterdrückung der Revolution an.

## Die Arbeiter für Pilsudski.

Danzig, 14. Mai. (WIB.) In Galizien macht sich unter den Arbeitern eine Bewegung für Pilsudski bemerkbar, die darin besteht, daß die Eisenbahner Truppentransporte verhindern. In Lodz ruht der Betrieb in den Fabriken gänzlich. Die Transportarbeiter legen ihr Hauptaugenmerk darauf, Warschau mit Lebensmitteln zu versorgen.

## Keine Verkehrsstörung im Korridor.

Der Eisenbahnverkehr durch den Korridor geht bisher völlig reibungslos vonstatten. Es werden jedoch für alle Fälle Maßnahmen für einen Ersatzverkehr auf dem Seewege mit dem bisherigen Fahrplan und auf dem Luftwege durch Verstärkung des Flugplanes vorbereitet. Sobald die Einrichtung eines solchen Ersatzverkehrs sich als notwendig erweist, wird eine entsprechende Bekanntmachung erfolgen.

schaflichen Ausschuss baldigst über eine einheitliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft durch das Reich Bericht zu erstatten.

Die Ausschussbeschlüsse werden bestätigt. Dem sozialpolitischen Ausschuss wird ein Antrag der Sozialdemokratie übermitten, wonach § 1 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter folgende Fassung erhalten soll: „Alle Arbeitgeber sind verpflichtet, die Arbeitsplätze in ihren Betrieben nach Maßgabe der folgenden Vorschriften mit Schwerbeschädigten zu besetzen.“

Gegen 5 Uhr verläßt sich das Haus auf Sonnabend mittags 1 Uhr. Handelsvertrag mit Spanien, kleine Vorlagen.

## Etatsberatung im Landtag.

Große Sälen im Plenum — das Haus beschlußunfähig.

Der Landtag befaßte sich gestern vor Eintritt in die Tagesordnung mit einem kommunistischen Antrag auf Besprechung der Entschlüsse über die rechtsradikalen Hochverratsvorberreibungen. Bartels-Cresfeld (Komm.) bezeichnet in der Begründung des Antrags die Freilassung Ludas als eine Schamlosigkeit und Frechheit der preussischen Justiz, was vom Präsidenten zurückgewiesen wird. Jalk (Dem.): Wir müssen annehmen, daß den Staat erschütternde Dinge von rechts vorbereitet sind. Eine Besprechung vor Abschluß des Verfahrens sei aber nicht angängig. Lüdicke (Dr.): Das Breuchen Coverings und Brauns hat kein Gefühl dafür, daß gegen Rechtsbrüche, wie sie jetzt vorliegen, energisch eingeschritten werden muß (Beifall rechts, Lärm links). Seine Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt werde. Durch den demokratischen auf die Tagesordnung gerückt werde. Durch den demokratischen Widerspruch ist die Angelegenheit erledigt.

Bei sehr schlecht besetztem Hause erfolgt die zweite Beratung des Landtagsstats. Hauptthema: Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten. Die Volkspartei ist dafür. Sie wünscht Erhöhung des Wahlalters. Gen. Leid erklärt für seine Freunde, die Sozialdemokraten würden über die Herabsetzung der Abgeordnetenzahl mit sich reden lassen, wenn die Rechte dazu beitragen würde, den so überflüssigen und schädlichen Staatsrat zu beseitigen. (Lärm rechts. — Zustimmung links.)

Der Etat wird mit dem 3000-Mrk.-Abstrich des Ausschusses angenommen.

Bei der zweiten Abstimmung über den Staatsratetat ergibt sich Beschlußunfähigkeit.

In neu einberufener Sitzung erfolgt Beratung des Forstetats. Schluß 6 1/2 Uhr. Sonnabend 11 Uhr: Groß-Hamburg, kleine Vorlagen.

## „Vaterländische“ Demonstrationen.

Kommunistische Gegenkundgebungen verboten.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Die „vaterländischen Verbände“ planen seit etwa acht Tagen öffentliche Demonstrationen, die in ganz Berlin am Sonntag, den 16. Mai, mit dem Thema stattfinden sollen: „Gegen die Fürstenenteignung!“ Das hat die KPD. und den Roten Frontkämpferbund veranlaßt, ihre Anhänger und die gesamte Arbeiterschaft zu Gegenkundgebungen aufzufordern, die zu der gleichen Zeit ebenfalls in ganz Berlin auf vier oder fünf Plätzen veranstaltet werden sollten.

Der Polizeipräsident hat diese Kundgebungen durch Verfügung vom 14. Mai verboten. Bei der durch die gegenwärtigen Verhältnisse verursachten Erregung besteht die Gefahr, daß durch die Gegenkundgebungen die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet werden. Daß Zusammenstöße wahrscheinlich sind, ist auch von den Vertretern

der KPD. und des Roten Frontkämpferbundes bei einer Besprechung im Polizeipräsidium selbst zugegeben worden.

Die „vaterländischen“ aller Fraktionen und Bünde wollen am Sonntag zeigen, was hinter ihnen steht. Sie fordern in allen Stadtteilen auf, schwarzweißrot zu flagen, also gerade die Monarchistenflagge zu zeigen, die soeben durch die Luther-Verordnung den deutschen Behörden im Auslande aufgezwungen worden ist. Diese Luther-Flagge wird gehißt, um den Fürstenraub am Volksvermögen zu decken. Dadurch sind die Veranstanter der Kundgebung wie die Luther-Verordnung gekennzeichnet.

## Wiederaufnahme der Arbeit in England.

Auf Grund der Vorschläge von Sir Herbert Samuel.

London, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage hat sich im Laufe des Freitag entschieden gebessert. Zwar hat nur ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz der Arbeiterschaft die Arbeit wieder aufgenommen, jedoch haben zwischen einer Reihe von Gewerkschaften und Vertretern der Unternehmer Verhandlungen stattgefunden, die zu Abkommen geführt haben, die eine Wiederaufnahme der Arbeit ermöglichen. Baldwins indirekte Zusicherungen, daß er einen starken moralischen Druck auf die Unternehmer ausüben wird, um die Wiederherstellung der vor dem Streik geltenden Kontrakte zu sichern und die Haltung, die ein großer Teil der bürgerlichen Abgeordneten des Unterhauses in dieser Frage in den letzten Tagen eingenommen hat, ist nicht ganz ohne Wirkung geblieben.

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag konnte bereits ein Uebereinkommen zwischen den Unternehmern der Londoner Transportgesellschaften und den Gewerkschaften getroffen werden. Am Freitag wurde durch ein Uebereinkommen zwischen den Eisenbahngesellschaften und den Eisenbahnergewerkschaften erzielt. Allerdings ist es den drei führenden Eisenbahnergewerkschaften nicht gelungen, den status quo vor dem Streik wiederherzustellen. Sie konnten zunächst jedoch die drohende Lohnherabsetzung verhindern und die Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter mit Ausnahme derjenigen, die sich Gewalttate zuschulden kommen lassen, durchsetzen.

Der Delegiertenkongreß der Bergarbeiter, der am Freitag zusammentrat, konnte noch keine Entschlüsse fassen, da die auf Grund des Memorandums zwischen den Gewerkschaften und Sir Herbert Samuel formulierten Vorschläge Baldwins noch nicht vorliegen. Die Regierung hat diese Vorschläge nunmehr veröffentlicht.

Diese Vorschläge (siehe Morgenausgabe des „Vorwärts“) von Donnerstag können als Fortschritt gegenüber dem vor dem Streik vorliegenden Vorschlag angesehen werden. Es ist anzunehmen, daß die Bergarbeiter, auf die von allen Seiten in den letzten Tagen ein starker Druck ausgeübt wurde, bereit sein werden, auf der vorgeschlagenen Basis mit den Unternehmern in Verhandlungen zu treten.

London, 14. Mai. (CP.) Der Vollzugsausschuss der Kohlenarbeiterdelegierten hat heute verschiedene Versammlungen abgehalten. Mehrere Delegierte griffen den Gewerkschaftsrat wegen der Zurückziehung des Streikbefehls heftig an. Einige bezeichneten die Arbeiterführer als Verräter. Darauf wurde in einer Versammlung mitgeteilt, daß Baldwin neue Vorschläge ausgearbeitet habe. Es wurde beschlossen, daß der Vollzugsausschuss diese heute abend prüfen solle, so daß er darüber in der Versammlung morgen vormittag bereits Bericht erstatten könne.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Zwischenlösung der Erwerbslosenfrage.

Heute Ausschußberatung.

Am Sonnabend beginnen die Ausschußberatungen des Reichstags über die neue Regierungsvorlage zur Umgestaltung der Erwerbslosenunterstützung. Infolge der Regierungskrise, deren Ausgang für die Ausgestaltung der Regierungsvorlage, vor allem aber für die Reueffektivierung der Unterstützungsfähigkeit von Bedeutung sein wird, muß sich der Ausschuß zunächst über die Frage der Verlängerung der Geltung der bisherigen Sätze über den 22. Mai hinaus schlüssig machen. Schon bei der Festsetzung dieses Termins durch die Regierung haben die Gewerkschaften zu verstehen gegeben, daß die Frist bis zum 22. Mai für die heftig umstrittene Reueffektivierung der Arbeitslosenunterstützung kaum ausreichen werde.

## Die Flucht nach Mecklenburg.

### Die Bütow-Brotfabrik hilft dem Beamtenwirtschaftsverein.

Die Bäcker des Beamtenwirtschaftsvereins stehen im Streit, um Maßnahmen wegen der Feler des 1. Mai abzuwehren. Die Anwerbung von Streikbrechern gelang nicht. Die Verwaltung des Vereins hatte auf die große Arbeitslosigkeit spekuliert, als sie ihre Provision offen begann. Vergebens!

Durch diese fehlerhafte Spekulation auf die Not der Arbeiter war die Verwaltung dieses Vereins ziemlich verwundet. Sie hatte aber einen noch größeren Fehlschlag, als selbst die Unternehmer die erhoffte und erwünschte Mauererarbeiten nicht leisteten. Unter dem Decknamen der Lagerhalter gab man bei den verschiedensten Bäckereien und Brotfabriken Bestellungen auf. Man verschwiegen seinen sonst so überheblich gebrauchten Firmennamen und hielt die Filialleiter zur Lüge und Täuschung an. Infolge dessen haben diese Streikenden für Aufklärung gesorgt. Wenn trotzdem ein Teil Brot und auch Kuchenwaren bisher in die Verkaufsstellen gelangte, so braucht man sich nicht zu verwundern, daß die Geschäftsleitung des Beamtenwirtschaftsvereins um Rücksicht für diesen Ertrag bei ihrer Kundschaft bat. Von dem Grundsatz, Geld stinkt nicht, geleitet, haben nur Firmen mit Betrieben, die noch als Ueberbleibsel aus einer früheren Zeit, ihre Ausschußbedenken geleistet. Da nur solche vorwärtsführenden Betriebe lieferten, war auch neben der Qualität die Quantität gering. Schadenstrotz konnten die Streikenden feststellen, daß die Bestellungen auf Grund der falschen Namen entsprechend dieser darin liegenden Unehrlichkeit gleichwertig bedient wurden.

Auf diesem Wege ging es nicht mehr weiter. Da hat der Beamtenwirtschaftsverein die in ewige Geldnöte liegende Bütow-Brotfabrik geholt. Am Freitag ist der erste Transport Backwaren von Bütow in Mecklenburg in Berlin eingetroffen und an die Verkaufsstellen des Beamtenwirtschaftsvereins zur Verteilung gelangt. Die Bütow-Werke, die unter dem Deckmantel der Spezialfürsorge für Berliner Kinder Brot in Berlin anzulegen verfuhr, hat sich damit zum Streikbruch hergegeben. Die Kundschaft des Bütow-Brotfabrik wird damit feststellen, daß den Bütow-Werken an ihrer Kundschaft nichts mehr liegt, daß sie es als höchste Auszeichnung betrachtet, dem Beamtenwirtschaftsverein aus seiner selbstverschuldeten Verlegenheit zu helfen.

Stolz können die Berliner Bäckergehilfen, wie auch das Bäckergewerbe darauf sein, daß Solidarität nicht nur ein Wort, sondern ein Begriff ist, das auch von den Versprechungen „geschäftstüchtiger“ Leute nicht ins Wasser gebracht werden kann. Durch diese Flucht nach Mecklenburg hat die Geschäftsleitung des Beamtenwirtschaftsvereins eingesehen, daß Berlin für sie kein Pflaster ist. Der Beamtenwirtschaftsverein ist eine Verbraucherverorganisation. Die Mitglieder sind in ihrer großen Masse misstrauisch entlohnte Beamte. Es wird Zeit, daß sie sich rühren, um zu zeigen, daß sie sich nicht in Regenjahre zur Arbeiterschaft stellen.

## 15. Verbandstag der Dachdecker.

Jelczkowskaja, 13. Mai. (Eigenbericht.) Die Donnerstagssitzung begann mit einem Referat von Gerde-Hannover über den Industrieverbandsgedanken. Er begann mit einem kurzen Umriss der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, um dann deren jetzige Lage zu schildern, die die Zusammenfassung der einzelnen Berufe in Industrieverbände erforderlich macht. Nachdem die Goutage beschlossen, den Verbandstag zu ernennen, den Anschluß an den Bauergewerksbund vorzunehmen, sei es nun Aufgabe des Verbandstages, der Situation entsprechende Beschlüsse zu fassen.

In der längeren lebhaften Debatte kam zum Ausdruck, daß eine prinzipielle Gegnerchaft gegen den Anschluß nicht vorhanden ist. Ueber den Zeitpunkt und darüber, ob die Mitgliedschaft durch Uraufstimmung oder eine Verbandskörperchaft über den Anschluß endgültig zu entscheiden habe, gingen die Meinungen auseinander.

Schlüsse vom ADBB. vertrat den Standpunkt des Bundesvorstandes in der Industrieverbandsfrage und hob auch die Schwierigkeiten bei der Durchführung der betreffenden Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse hervor. Gegen 6 Stimmen wurde schließlich ein Antrag angenommen, der besagt, daß auf den nächsten Goutagen eine Abstimmung in dieser Frage statzufinden hat, wobei die Delegierten nach Mitgliederzahlen abstimmen sollten.

### Wenn eine Zweidrittelmehrheit für den Anschluß

stimmt, so ist dieser zum nächstmöglichen Termin zu vollziehen.

Ueber das Unterstützungswesen referierte Wagner-Rürnberg. Er führte aus, daß die von manchen Seiten gewünschte Erwerbslosenunterstützung nur mit einer Erhöhung der Beiträge um 25 Proz. durchgeführt werden könne. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, die Einführung der Erwerbslosenunterstützung bis zum nächsten Verbandstage auszusetzen. Zur Streikunterstützung wurde beschlossen, die Karenzzeit fortzufallen zu lassen und

die Höchstsumme schon nach 700 (bisher 1000) Wochenbeiträgen zu zahlen. Der Zentralvorstand soll weiter Erhebungen anstellen, zwecks Einrichtung einer Alters- und Pensionskasse.

Sachs vom ADBB. hielt hierauf ein großangelegtes Referat über den

### Bauarbeiterschutz im Reich.

Er betonte, daß gerade die Gewerkschaften wichtige Aufgaben hier zu erfüllen haben, da jetzt ein Gefehrentwurf vorliegt, der mit Freigabe und Recht als ein Geleß zum Schutze der Unternehmer bezeichnet werden kann. In 17 Paragraphen wurde man diese umfangreiche Materie zu pressen. Von einer Mitarbeit der Arbeiter ist in dieser Form aber keine Rede. Durch die Art der Strafbestimmungen ist das Geleß noch vollends wirkungslos gemacht. Die Spitzverbände haben gegen diesen Entwurf bereits Protest eingelegt. Dabei ist festzustellen, daß die Zahl der Unfälle im letzten Jahre wieder gestiegen ist. Die Arbeiterschaft hat nun aber nicht nur die Aufgabe, den Kampf um bessere Vorschriften zu führen, sondern sie muß auch schon jetzt auf die Durchführung der schon bestehenden Vorschriften hinwirken. Besonders die Betriebsräte haben hier ein wichtiges und verantwortungsvolles Arbeitsfeld.

Die Debatte bewegte sich durchweg im Sinne des Referats. Einstimmig wurde einer Entschließung zugestimmt, in der von den zuständigen Stellen eine gründliche Überwachung der Baustellen unter Mitarbeit der Bauarbeiter gefordert wird. Der Verbandstag protestiert gegen die Verzögerung der reichsgesetzlichen Regelung des Bauarbeiterschutzes und gegen dessen geplante Verschlechterung. Seine Mitglieder fordern den Verband auf, die bestehenden Schutzvorschriften genau zu beachten sowie durch Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf eine Verminderung der Unfälle hinzuwirken.

## Dänischer Gewerkschaftskonflikt.

### Einheitsorganisation oder Dezentralisierung.

Kopenhagen, 14. Mai. (Eigener Bericht.) In Dänemark kam es bei dem Großkonflikt im Jahre 1923 zu so starken Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Verband der ungelerten Arbeiter und der Landesorganisation der Gewerkschaften, daß die Generalversammlung des Verbandes der ungelerten Arbeiter, wie wir feinerzeit berichteten, den Austritt aus der Landesorganisation ankündigte. Nach den dänischen Gewerkschaftsregeln muß einem derartigen Austritt eine einjährige Kündigung vorausgehen, so daß der Verband der ungelerten Arbeiter im November dieses Jahres von seinen Verpflichtungen gegenüber der Gewerkschaftszentrale gelöst würde. Der Verband umfaßt über 80 000 Mitglieder von insgesamt 250 000 Mitgliedern aller Gewerkschaften, die der Landeszentrale angeschlossen sind. Da weiter schon eine Reihe kleinerer Gewerkschaften mit rund 40 000 Mitgliedern bestehen, die ebenfalls nicht der Gewerkschaftszentrale angehören, würde der endgültige Austritt des Verbandes der ungelerten Arbeiter die Macht der Gewerkschaftszentrale erheblich einschränken.

Diese Gefahr hatte verschiedene Gewerkschaften veranlaßt, noch vor November das Band zwischen Gewerkschaftszentrale und ungelerten Arbeiterverband wieder zu knüpfen. Auf der Generalversammlung des Gewerkschaftsbundes, die vor einigen Tagen stattfand, fanden diese Versuche ihren Ausdruck in zwei Entschließungen. Die eine, von einigen mittleren Gewerkschaften gestellt, verlangte Verhandlungen zwischen der Gewerkschaftszentrale und dem Verband der ungelerten Arbeiter als gleichberechtigte Partner zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit. Dieser Entschließung widerlegte sich die Gewerkschaftszentrale, weil solche Verhandlungen zu einer Beschränkung der Rechte der Zentrale zugunsten eines mehr föderalistisch aufgebauten Gewerkschaftssystems führen würden. Sie beantragte deshalb eine Entschließung, die kurz und bündig die Aufforderung an den Verband der ungelerten Arbeiter richtet, seinen Austritt zurückzunehmen. Für diese Entschließung entschied sich die Mehrheit des Kongresses und gab damit zu erkennen, daß sie eher gewillt ist, den Austritt des großen Verbandes zu ertragen, als eine Beschränkung der Rechte der Gewerkschaftszentrale, die gleichzeitig eine Stärkung der großen Verbände zugunsten der kleineren Verbände wäre, zuzulassen.

Die Gewerkschaftszentrale hätte ihre ablehnende Haltung gegen Zugeständnisse an den Arbeiterverband wohl nicht eingenommen, wenn nicht eine starke Richtung in diesem Verbande dafür wäre, bedingungslos die Ausmeidung aus der Landesorganisation zurückzunehmen. Es ist jedenfalls zu erwarten, daß der Verband der ungelerten Arbeiter früher oder später auf einem außerordentlichen Kongress über die Frage der Aufrechterhaltung oder Zurücknahme der Kündigung durchdiskutieren und endgültig entscheiden wird.

## Josef Hartmann gestorben.

Am 10. Mai verschied nach langer schwerer Krankheit in der Heilanstalt Buch unser Kollege Josef Hartmann. Die Metallarbeiterbewegung Berlins verliert in ihm einen ihrer ältesten und bis zum Beginn seiner Krankheit rührigsten Funktionäre.

Am 2. November 1862 zu Woffenbüttel geboren, erlernte er das Druckerhandwerk und kam als Facharbeiter sehr früh mit den Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft in Berührung. Bereits im Jahre 1888 sehen wir ihn als Vorsitzenden des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins Berlins und Umgegend, 1891 in der gleichen Position im Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend. In der Zeit, als der organisierte Gedanke der Arbeiterschaft zu propagieren und mit sehr erheblichen politischen und wirtschaftlichen Verfolgungen verknüpft war, setzte er seinen Stolz darin, für die Gewerkschaftsorganisation tätig zu sein. Seit der Verschmelzung der Fachorganisationen der Metallarbeiter Berlins mit dem Deutschen Metallarbeiterverband war er mit derselben Energie und derselben persönlichen Aufopferung in der gemeinsamen Organisation weiter tätig.

Diese hervorragende Tätigkeit belohnten die Berliner Metallarbeiter damit, daß sie ihn 1905 zum Angestellten der Berliner Verwaltungsstelle wählten. Eine erhebliche Anzahl von Ehrenämtern, die die organisierte Arbeiterschaft zu vergeben hatte, wurde dem Kollegen Josef Hartmann übertragen. So war er lange Zeit Vorsitzender der Ortskrankenkasse der Klempner; bei der

Gründung des Gewerbegerichts wurde er zum Beisitzer mitbestellt und hat dieses Amt 25 Jahre ununterbrochen ausgeübt. Gleichzeitig war er Beisitzer beim Landesversicherungsamt und Delegierter der Berliner Metallarbeiter in der Gewerkschaftskommission. Zur Mitentscheidung für das Gesamtorganisationsleben haben ihn die Berliner Metallarbeiter des öfteren als Delegierten zu den Verbandstagen entsandt.

Auch während seiner hauptamtlichen Tätigkeit hat er, genau wie vorher ehrenamtlich, die Agitation unter den Berufskollegen als Branchenvorleiter der Drucker geleitet. Diese umfangreiche gewerkschaftliche Tätigkeit hat ihn nicht abgehalten, auch noch politisch, soweit es seine Zeit erlaubte, tätig zu sein. In seinem engeren Wohngebiet hat er längere Zeit für die Sozialdemokratische Partei als Gemeindevorsteher in Treptow gewirkt.

Seine Gesundheit war nach Beendigung des Krieges derartig geschwächt, daß er im Januar 1924 in den Ruhestand versetzt wurde. Den wohlverdienten ruhigen Lebensabend hat er nicht gemeinen können, da seine aufreibende gewerkschaftliche und politische Tätigkeit seine Gesundheit so geschwächt hatte, daß er nach kurzer Zeit in die Heilanstalt Buch übergeführt werden mußte, die er lebend nie mehr verlassen sollte.

Die Berliner Metallarbeiter gedenken mit Stolz und Hochachtung seiner Tätigkeit und werden für seine vorbildliche Tätigkeit ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungskette Berlin.

## Schwere Niederlage des DHB.

### Glänzender Erfolg des Allgemeinen Verbandes.

Als letzte in der Reihe der Berliner Großbanken fand am 12. Mai dieses Jahres die Betriebsratswahl in der Deutschen Bank statt. Hier hatte der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ganz außerordentliche Anstrengungen gemacht, die Stimmen der Angestellten für sich zu gewinnen. Mit den üblichen demagogischen Mitteln, Unwahrheiten und Entstellungen führte der Deutsche Handlungsgehilfenverband den schärfsten Kampf gegen den ihm verhassten Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten. Das Wahlergebnis aber gestaltete sich zu einer geradezu niederschmetternden Niederlage der Deutschnationalen. Die Sitze des DHB. wurden im Betriebsrat von vier auf zwei reduziert, während der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten elf Sitze erringen konnte.

Das Gesamtergebnis in den Berliner Großbanken ist das folgende: Von 85 Betriebsratsstellen entfielen auf den Allgemeinen Verband 58, den DHB. 16, die Oberbeamten 7, die Deutschnationalen 4. Dieses Wahlergebnis legt beides Zeugnis ab von der überragenden Position des Allgemeinen Verbandes.

## Verbandstag der christlichen Bergarbeiter.

Saarbrücken, 14. Mai. (Rth.) In Anwesenheit von 122 Delegierten begann heute morgen die 18. Generalversammlung der christlichen Bergarbeiter Deutschlands. Abg. Imbusch gab zunächst einen Ueberblick über die Entwicklung der christlichen deutschen Bergarbeiterbewegung und die Lage in der Gesamtkohlenwirtschaft der Welt. Er fand warme Worte für die streikenden englischen Bergarbeiter und verurteilte das staatliche Subventionswesen im Bergbau, das auch in Deutschland durch die bisherigen Zahlungen von ungefähr 500 Mill. Goldmark an die Kohlenindustrie Platz gegriffen habe. Imbusch erklärte, daß die Unstimmigkeiten sowohl innerhalb des Gesamtverbandes als diejenigen zwischen den Gewerkschaften und dem Reichsarbeitsminister beseitigt seien. Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Arbeitgeber und gegen die Unterstützung der gelben Gewerkschaften.

Gewerkschaftssekretär Rothhäuser-Essen referierte über die Lage im Bergbau und betonte die Notwendigkeit einer internationalen wirtschaftlichen Verständigung im Hinblick auf die Tatsache, daß die Produktionsmöglichkeiten des Bergbaues die Absatzmöglichkeiten übersteigen.

## Was England ratifiziert.

London, 14. Mai. (CP.) Die englische Regierung hat ein Weisbuch herausgegeben, in dem sie Stellung zu den Beschlüssen der 7. Internationalen Arbeitskonferenz vom Mai und Juni 1923 nimmt. Sie beschließt, die beiden Konventionen, die sich auf die Entschädigung von Arbeitern bei Berufsstränkungen und die gleiche Behandlung von inländischen und ausländischen Arbeitern hinsichtlich der Entschädigung bei Unfällen beziehen, zu ratifizieren. Die beiden anderen Konventionen, von denen sich eine auf die Nachtarbeit in den Druckereien bezieht, werden von der englischen Regierung nicht ratifiziert werden.

**Wahltag Bauarbeiter.** Am Sonntag, den 16. Mai, vermittels von 6 bis 12 Uhr, findet in den Bezirkskolleien (s. Verbandsbuch) die Wahl zur Vereinstellung statt. Es ist selbstverständliche Pflicht jedes Kolleien, sich an der Wahl zu beteiligen.  
Deutscher Bauarbeiterverband, Bauergewerkschaft Berlin, Der Verband.

**Wahltag ADBB-Kongress!** Dienstag, den 18. Mai, abends 6 Uhr, bei Schulz, Gluckebstr. 30, Fractionskammer des ADBB-Kongresses. Tagesordnung: Aufstellung des Vize zum Gesamtbetriebsrat und Wahl des Vorstandes.  
Der Fractionsvorstand.

**Freie Gewerkschaftsjugend.** Heute, Sonnabend, abends 7½ Uhr, tritt die Gruppe Roabit im Juuendheim Bremer, Ecke Willestrasse, Heinrich-Berthelms-Platz.

Verantwortlich für Volltext: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arjus Catermas; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Calera; Redaktion: R. S. Böcher; Voltaire und Sonstiges: Fritz Ratzki; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hornbros-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hornbros-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

## § 5, Abs. 3 des Tabaksteuer-Gesetzes lautet:

„Feingeschnittener Rauchtobak, zu dessen Herstellung nachweislich Tabakblätter inländischer Herkunft in einer Mindestmenge von 50 v. H. der verarbeiteten Rohstoffe verwendet worden sind, kann auf Antrag vom Finanzamt unter dem Vorbehalte jederzeitigen Widerrufs zur Versteuerung durch den Hersteller nach den Sätzen für Pfeifentabak zugelassen werden. Auf Packungen derartigen Rauchtobaks ist die Art des Inhalts als „Steuerbegünstigter Feinschnitt“ in Druckschrift mit mindestens 3 mm großen Buchstaben zu bezeichnen. Zur Versteuerung sind Steuerzeichen für Pfeifentabak zu verwenden.“

## Hieraus ergibt sich:

**daß** steuerlich begünstigte Feinschnitte mindestens zur Hälfte inländische Tabake enthalten müssen,

**daß** der Ausdruck „steuerlich begünstigt“ ein großer Bluff ist, denn die Steuer hierfür beträgt genau so viel wie bei rein überseeischen Pfeifentabaken, „nämlich 20%“.

**daß** Jeder Raucher beim Einkauf von Pfeifentabak sich überzeugen sollte, ob auf dem Paket ausdrücklich vermerkt ist „rein überseeisch“.

Wir garantieren, daß unsere Marken

**Klepenkerl Madastra Piet Hein Von Haus zu Haus**  
nur aus besten, nicht parfümierten, naturreinen, überseeischen Rohtabaken hergestellt und trotzdem nicht teurer sind.

Wir fabrizieren grundsätzlich keine Feinschnitte mit inländischen Roh-tabaken, um den Rauchern den Geschmack an der Pfeife nicht zu verderben.

*Oldenkott-Reis*



# Wie märkische Kleinstädte aussehen:



Trotz des Vorortverkehrs, der allerdings nicht alle nach Ertner laufendenzüge weiterführt, hat Fürstenwalde seine eigene Physiognomie behalten: seine relative Größe — etwa 23 000 Einwohner —, seine von alter Zeit her ausgeprägte historische Bedeutung als Residenz der Lebuser Bischöfe und seine wirtschaftliche Betriebenheit haben die zudem über 30 Kilometer von Berlin entfernte Stadt davon bewahrt, zu einem bloßen Anhängsel der Millionenstadt zu werden. Den Touristen locken die wirklich lebenswerten Zeugen der alten Zeit: Rathaus und Marienkirche, dann aber auch die schöne waldreiche Umgebung, die in dem nahen Scharnhölzersee und den Rouener Bergen zwei Glanzpunkte der Mark aufzuweisen hat.

### Der Stadtplan.

Tritt man aus dem all-beschriebenen Bahnhof heraus, so erblickt man auf der anderen Seite der Straße eine Reklametafel mit einem Stadtplan. Die Seltenheit eines solchen topographischen Hilfsmittels mag einen Appell an die verehrlichen Verwaltungen kleinerer Städte rechtfertigen. Während seit dem Aufkommen des Automobilismus



An der Spree.

überall Wegweiser nach allen Himmelsrichtungen zu finden sind, gleichsam als wolle man den Geräusch und Geruch verursachenden Wästen es ans Herz legen, so schnell als möglich wieder zu verschwinden, fehlt es für den Fußgänger fast immer an Fingerzeigen zur schnellen Orientierung. Nun wird mancher Stadtbewohner sagen: in unserem kleinen Ort kann man sich ja gar nicht verlaufen, es geht sozusagen immer der Nase nach. Man muß aber bedenken, daß der Tourist oft nach langer Wanderung in die Stadt kommt und dann



Brücke über die Spree.

gern jeden unnötigen Schritt vermeidet. Mit dem sich durchfragen ist es auch oft schwach bestellt, namentlich zur — bekanntlich frühen — Mittagstunde, die alle Welt ins Haus bannt. Die Freude über oben erwähnte Tafel wäre nun aber noch größer, wenn sie von der Stadt selbst errichtet wäre. Aber man sieht doch nun gleich den Aufbau der Stadt vor sich und macht die Beobachtung, daß sie mit dem ebenfalls aus Altstadt und weit ausgedehnten neuen Quartieren zusammengesetzte Rathaus eine gewisse Liebereinstimmung zeigt: hier und dort ein durchgehender Strohzug vom Bahnhof bis zum Fluß, die Kirche seitwärts von dieser Hauptader gelegen. Nur hat Rathaus mehrere Flußarme und die Altstadt steigt auf der etwas erhöhten Insel.

### Aus der Geschichte der Stadt.

Schon der Lageplan zeigt uns in den Straßenbezeichnungen wie Herrenstraße und Junkerstraße, daß hier in früheren Zeiten

eine Kommandogewalt ausgeübt wurde. Das 14. Jahrhundert, das für die Mark so schwere Zeiten brachte, führte Fürstenwalde zu seiner Höhe. Nach 1373 hatte in einem hier geschlossenen Vertrage Markgraf Otto der Faule die Mark gegen Geld an Kaiser Karl IV. abgetreten, aber schon 1385 wurde die Stadt sich der Bischöfe von Lebus, die die bisher bestandene Burg zu einem Schloß ausbauten und im 15. Jahrhundert die städtische Kirche auführten, nachdem der alte Dom 1432 durch die Hussiten zerstört worden war. Den Höhepunkt dieser Bischofsherrschaft bezeichnet die Zeit Dietrich von Bülow, der als Kanzler der 1506 gegründeten Universität in Frankfurt a. d. O. eine bedeutende Rolle spielte. Daß die Bischöfe aber auch auf ihre materiellen Vorteile bedacht waren, beweist der 1518 angetretene Besitz von Beeskow und Storkow; in letzterem Orte errichteten sie ein „Jagdschloß“, das noch heute vorhanden ist. Zehn Jahre später, als Georg von Bismenhal, nicht nur Bischof von Lebus, sondern auch von Raheburg, die Fägel seiner Regierung straff hielt und dem Adel nicht allen Willen ließ, geriet die Stadt unfreiwillig in einen zwischen dem Bischof und seinem Lehnsmann auf Blöthin, Heinrich von Queiß, ausgebrochenen Streit, der durch die Einmischung des Rikels von Rindow auf Sonnenwalde in eine förmliche Verschwörung gegen den Bischof ausartete. Durch List drangen die Empörer am 9. Juli früh in die Stadt ein; die bei der Morgensuppe überraschten Bürger leisteten Widerstand, so daß der Bischof Zeit gewann, zu fliehen. Für diesen Ausgang mußten nun die Bürger Häuser — Häuser und Kirche wurden gründlich geplündert. Der Streit wurde erst 1534 durch den Kurfürsten beigelegt.

Bald danach kam die Reformation, und nach dem Tode des letzten katholischen Bischofs Johann VIII. (1555) wurde der noch in kindlichem Alter stehende spätere Kurfürst Joachim Friedrich als Bischof gewählt, der das Bistum 1598 einzog. Seitdem hat die Stadt die gleichen Schicksale wie Brandenburg-Preußen durchzumachen gehabt.

### Gang durch die Stadt.

Die flotte neuere Entwicklung Fürstenwaldes spricht sich u. a. auch darin aus, daß nicht nur das Gebiet zwischen Bahn und Spree vollständig ausgefüllt ist, sondern auch jenseits der Bahn das Gelände bereits von Siedlungen und Fabrikanlagen (u. a. Buntsch) bedeckt wird. Die meist langweilige Eisenbahntrasse ist hier durchaus kurzweilig; mit jedem Schritt steigert sich der Verkehr. Links ein zierlicher Brunnen: Knabe mit Wassergefäß, von dem verstorbenen Bildhauer Runo von Uechtrich ausgeführt, dann weiter links, gegenüber dem rechts sich anschließenden „Platz der Republik“, das Gymnasium. Früher hieß der Platz der Denkmalplatz — auf ihm



Am Bullenturm.

## Jamile unter den Zedern.

34] Von Henti Bordeaux.  
(Verachtigte Uebersetzung von A. Kunde.)

So sahen wir, von Qualen zerrissen, in diesem, zum Gericht umgewandelten Raum, in den der Morgen freundlich hereinzuweichen begann. Der Scheit war das Opfer des Kampfes zwischen seiner Pflicht und seinem Blut, zwischen seinem Amt und seinem Herzen; um Jamile rang der angestammte Glaube und ihre Liebe; im Priester standen sich ein eifernder Fanatiker und ein Verkünder der Friedensreligion gegenüber; ich selbst schwankte zwischen einer Vergangenheit, welche diese Umgebung neu erweckte, und dem Verlangen, ein Opfer zu bringen, welches größer als meine Leidenschaft und aller Leidenschaften dieser Erde sein sollte; Butros dagegen war verstimmt; er sah in diesen Debatten nur Heuchelei. Am liebsten hätte er die unnütze Prozedur abgekurzt. Und die beiden Älten, sie grüßten ohne Zweifel darüber, daß man sie in ihrer Ruhe aufgestört hatte.

Da die frommen Ermahnungen des Priesters keine Antwort erzielt hatten, überließ er sich jetzt dem ganzen Ausdruck seines Temperaments. Er drohte der Angeklagten mit ewigen Strafen, welche den zeitlichen, die sie erwarteten, folgen würden. Nachdem er danach getrachtet hatte, sie zu gewinnen, versuchte er, Furcht bei ihr zu erwecken. Aber da wider lehnte sie sich noch mehr auf als gegen die Güte. Abermals bedauerte er seine Heftigkeit. Nun war es jedoch zu spät; das schöne Gesicht hatte seinen, ja man konnte fast sagen: verächtlichen Ausdruck wieder angenommen, dem nur ein kindlicher Zug um die Mundwinkel widersprach. Er verstand sie, denn er begnügte sich zu sagen: „Wir verlangen nur ein Wort oder wenigstens ein Zeichen. Angeklagte, antworte uns, hast du dem Glauben deiner Väter abgeschworen? Dem der katholischen Religion?“

Jamiles Körper überließ ein Schauer. Die Liebe verfeinert ohne Zweifel unsere Sensibilität; sie nimmt wahr, was den Blicken der anderen unsichtbar bleibt. Ich ahnte den Sturm in Jamiles Innern. Sie erbeute vor diesem Erkennen. Dreimal wiederholte der Priester seine Formel. Er konnte die verschlossenen Lippen nicht entriegeln.

„Genug jetzt“, rief Butros.

„Das Gericht wird beraten“, ordnete der Scheit an.

Jamile und die Zeugen mußten das Zimmer verlassen; die Angeklagte wurde in ein Gemach geleitet, wo ihre Schwester Muntaha sich vergeblich in ihre Arme warf, um sie zur Nachgiebigkeit zu überreden, Butros und ich gingen in den Hof; in diesem Hof, wo sie mir aus Dankbarkeit die

Hände küßte, wie ich es mit den ihren tat, als ich sie an einem Winterabend erwärmt hatte...

Einige Minuten später rief man uns zurück. Das Urteil des Gerichts war gefällt. Mit drei Stimmen gegen eine wegen Abfalls vom Glauben zum Tode verurteilt. Ich glaubte, daß der Vater sich im letzten Augenblick der Stimme enthalten hätte oder daß die anderen Richter ihn aus Mitleid dazu bewegen hätten. Aber Raschid-el-Hame, der ein ebenso aufgeregtes wie feierliches Wesen zur Schau trug, sein dunkelrotes Gesicht ließ ihn von einer Kongestion bedroht erscheinen, wollte der Wahrheit die Ehre geben, indem er erklärte, daß die negative Stimme jene des Priesters war, der die Schuldigen zum Patriarchen führen und ihre Aufnahme in einem Kloster erbitten wollte. Nach diesen Worten erhob er sich. Wir empfanden Mitleid oder Bewunderung für ihn. Die Verhandlung war also zu Ende? Nein, er fügte noch hinzu: „Butros, du verbürgst mir für die Vollstreckung des Urteils.“

„Soll es sogleich vollzogen werden?“

„Sogleich.“

Ich hatte recht gehört. Es war kein Traum. Die Stunde war gekommen. Der ganze Vorgang hatte sich schwindelerregend rasch abgespielt. Entsetzen erfaßte mich; meine Lippen waren trocken, meine Beine wie Blei; ich war unfähig, mich zu bewegen oder zu sprechen. Der Scheit stand mit ausgebreiteten Armen da und atmete schwer, als ränge er nach Luft, und ich glaubte, er würde zusammenbrechen. Aber er erhob sich wieder.

Jamile hatte das Urteil vernommen, ohne irgendeine Schwäche zu zeigen. Sie kreuzte die Hände über der Brust. Sie schenkte sich noch einmal ganz ihrer Liebe, um nun für sie zu sterben.

Die Versammlung war, da alles beendet, im Begriff, auseinanderzugehen. Ich nahm jedoch nochmals das Wort.

„Wartet einen Augenblick“, rief ich, „werdet ihr Jamile töten, wenn sie ein Kind trägt?“

Ich wußte, daß man die Hinrichtung verurteilter Frauen hinauschiebt, wenn sie schwanger sind, und ich suggerierte Jamile dieses Mittel, damit sie Zeit gewinne. Aber sie verachtete die Vage zu sehr, um darauf einzugehen. Mein abermaliges Eingreifen überraschte sie; sie verwarf es jedoch sofort mit einer entschlossenen Geste.

Da wagte ich mehr. Ich opferte meinen Stolz, mein Begehren nach Rache, meine Eifersucht, meinen Haß. Ich wandte mich an die Richter:

„Und wenn ich mich, trotz allem, was geschehen, bereit-erkläre, sie zur Frau zu nehmen, würdet ihr mir sie nicht eher überlassen, als dem Henter?“

Alle Anwesenden blieben angesichts eines so unerwarteten Vorschlags wie festgebannt stehen.

„Das tilgt ihr Verbrechen nicht“, wehrte der Scheit, wenn auch nur schwach, ab.

„Ich decke das Verbrechen mit meiner Ehre und wandere mit ihr aus.“

„Sie ist mit Omar verheiratet“, entgegnete Butros.

Aber der Priester erklärte, daß diese Ehe null und nichtig sei.

„Seht ihr!“ sagte ich, glücklich darüber, daß diese Wendung einen rettenden Ausweg zeigte. „Laßt mich mit ihr sprechen, mit ihr allein. Ich bitte euch, hört mich!“

„Sei es denn“, stimmte endlich der Scheit bei, dessen Kräfte erschöpft waren oder der es wie eine Erlösung empfand.

Diese Aufgabe, voll Erhabenheit und Barbarei, hatte die letzten Reserven seiner Energie erschöpft, und ich befreite ihn wohl von der schweren Last, die ihm der Stolz und die Unmenslichkeit aufgebürdet hatte.

Sie verließen das Zimmer, und ich blieb mit Jamile allein. Sie hatte beide Hände erhoben, um eine Ablehnung meiner Bitte zu ersehen; aber alle Augen waren auf mich gerichtet gewesen. Seit ihrer Entführung aus dem Friedhof von Tripolis hatte sie nicht ein einziges Wort zu mir gesprochen.

### Das Herz Jamiles.

Wir waren zum erstenmal ohne Zeugen zusammen, seitdem wir drunten im Hof, am Rande des Brunnens, unsere Verlobung gelöst hatten. Von uns beiden war ich derjenige, dessen Aussehen dem eines Verurteilten gleich. Einst, wenn ich Kummer hatte, stüchelte ich mich zu ihr; nun verursachte sie mir Kummer: wo soll ich hinstücheln? Ihre Leidenschaft und mein Schmerz, sie sollten einander gegenübergestellt werden. Ihre Rettung war nur möglich, wenn sie sich völlig von ihrer muselmanischen Vergangenheit trennte. Sie mußte bereit sein, sich zu unserer zagen, armstigen Liebe zurückzufinden. Würde die Furcht vor dem Tode ihr diesen Entschluß abringen? In diesem Augenblick, wo ich sie darum bitten wollte, fühlte ich, wie Unsicherheit sich meiner bemächtigte und die Tränen mir in die Augen traten. Da sagte sie:

„Khaill, du bist immer Khaill.“

Khaill heißt: „treuer Freund“. Sie gebrauchte meinen Namen zu einem Spiel der Worte, um mich zu beruhigen. Ihre Stimme berührte mich wie eine noch nicht vernommene Musik. Es war ihre Stimme, und doch schien es, als kenne ich sie nicht. So erging es mir auch auf dem Friedhof von Tripolis; es war ihr Gesicht gewesen und dennoch ein verwandtes. Diese Stimme klang um eine Nuance tiefer, dunkler und ergreifender. (Fortsetzung folgt.)



Nicht ein wenig erfreuliches, ganz schablonenhaft gehaltenes Kriegendental (Germania mit drei Soldatenfiguren) von Hundtler. Der Platz liegt sich aber rüdwärts weiter fort, und dieser Teil hieß der Kaiserplatz (mit den Büsten Wilhelms I. und Friedrichs III.). Jetzt trägt die ganze langgestreckte Anlage ihren Namen nach der Republik — ein erfreuliches Zeichen für die Tatkraft der unter Leitung eines Sozialdemokraten, des Genossen S 1011, stehenden Stadtverwaltung. Von dem „Platz der Republik“ führt nun die Münchberger Straße in die Altstadt. Hier zeigen schon die alten bodenständigen Namen der Straßen deren Charakter an. Außer Herren- und Junferstraße finden sich Schloß-, Kirch-, Schul-, Mühlen-, Fischerstraße; die Tuchmacherstraße fehlt auch nicht, und ebensoviele das „Lehrwieder“.

An rechter Seite der Münchberger Straße erhebt sich am alten Schützenplatz ein runder Turm mit Zinnen, recht profanisch „Bullen-turm“ genannt, sozusagen der einzige Rest der ehemaligen Stadtbefestigung, da die im Süden der Stadt sich vorfindenden Mauerreste doch nicht mehr sehr bedeutend sind. Links führt die Herrenstraße zum Markt, wo sich, mit der Seitenfassade der Straßensucht anpassend, das Rathaus erhebt. Wenige Schritte weiter durch die Kirchstraße zur Kirche, während der Weg rechts durch die Mühlenstraße zur Spree und deren sich anschließenden Schleufe des 1890 angelegten Oder-Spree-Kanals führt. Eine stattliche neue Brücke (1913) überspannt teils mit Gemälden, teils mit Eisenbogen die breite Wasserfläche. Jenseits die Spreedorstadt sowie das nahe Retschenborf.

### Rathaus und Kirche.

Das Rathaus ist mit einem Turm versehen, der mit dem der nahen Kirche in Wettbewerb tritt. Er trägt eine mit dem Stadtwappen verzierte Gedenktafel, die von der 1906 erfolgten gründlichen Erneuerung des aus dem Ausgang des Mittelalters stammenden Rathauses Kunde gibt. Es heißt darin, daß der alte baufällige Turm bis zur Höhe des Engelskopfes abgebrochen, in massivem Mauerwerk neu errichtet und mit den Giebeln und den Dachreiter bedeckt worden sei: „alles so wie es in alter Zeit gewesen“. Hinter dem Turm öffnet sich eine Durchgangshalle mit alter Malerei. Anmutig ist der gotische gotische Westgiebel, den ebenfalls ein Türmchen krönt. Die Marienkirche imponiert durch ihre großen Maße; gewaltige Säulen tragen die drei Schiffe der gotischen Hallenkirche, die aus der Mitte des 13. Jahrhunderts stammt und 1769/71 sowie 1855 erneuert wurde. Die Säulen sind grau gehalten, die Wand weiß, die Rippen wieder grau, so daß das Innere doch nicht allzu nüchtern wirkt. Das Gefühl ist recht einfach. Bemerkenswert sind der polychrome Renaissancealtar von 1576, das 1517 von Dietrich von Bülow gestiftete, über 12 Meter hohe Sakramentshäuschen aus verwittertem Ralkstein. Ein lebensarmiger Kronleuchter zeigt eine Höhe von 2,8 Meter. Der Chorumgang ist ganz aus Grabsteinen ausgefüllt, deren einer Grabplatte für Johann VII. aus Bronze als ein Werk des älteren Blicher in Nürnberg gilt. Dietrich von Bülow ist durch Epitaph und Grabstein vertreten. Ein Gedenkstein zur Erinnerung an die Grundsteinlegung des Doms unter Bischof Johann VII. ist stark verwittert.

Treten wir aus dem Innern der Kirche in das volle Tageslicht zurück, so freuen wir uns dem lebhaften Treiben, das uns umgibt. Von der Brücke her rollen Autos heran, die von Soarow und Bieslow ein Scharmüßchen, der „deutschen Riviera“, kommen — die wohlhabende Schicht der dortigen Grundbesitzer kann sich diesen Luxus leisten. Der Fußgänger wird die schönen Waldparkanlagen ausführen, an denen kein Mangel ist. Zählt doch der städtische Forstbesitz über 5000 Hektar. Die politische Entwicklung der Stadt hat erfreuliche Fortschritte gemacht; die Deutschnationalen sind zurückgedrängt, über 5000 haben sich zum Volksbegehren eingetragen. Die zielbewußte Leitung der Stadt durch den Bürgermeister zeigt sich auch im Aussehen: saubere und gutgepflegte Straßen erfreuen das Auge. Als Altmeister Fontane vor zwei Menschenaltern seine „Ostfahrt in das Land Bestow-Storow“ von Fürstenwalde aus antrat, notierte er das „holperige Pflaster der ehemaligen Bischofsstadt“ — läme er heute deselben Weges, so würde er sich wohl nicht allein über das gute Pflaster freuen, sondern auch über den „Platz der Republik“, der so ganz seinem Lachdiensten entspricht.

### Frauenmord in Berlin.

#### Der Mörder bereits festgestellt.

Gestern nachmittag wurde die Nordkommission der Berliner Kriminalpolizei alarmiert, um einen Frauenmord im Norden Berlins aufzuklären. Wir erfahren zu der Mordtat folgende Einzelheiten:

In dem Hotel „Rössler Hof“ in der Rodalstraße 7 erschien am Donnerstagabend ein Mann in mittleren Jahren mit einem Rädchen und verlangte ein Zimmer. Das Zimmer Nr. 11, das frei war, wurde dem Paar von dem Pförtner angewiesen. Ehe die Gäste es betreten, bat das Rädchen den Pförtner, er möge doch ihrem Begleiter seine Taschenuhr zur Verfügung stellen, da der Mann früh heraus müsse und selbst keine Uhr bei sich habe. Der Portier entsprach dem Wunsch. Das Paar zog sich in das Zimmer zurück und ließ nichts mehr von sich hören. Gegen 3 Uhr nachts kam der Mann allein wieder die Treppe hinunter, händigte dankend dem Pförtner die geliebte Uhr aus und bat, das Rädchen möglichst nicht vor 11 Uhr vormittags zu wecken, da sie sehr ermüdet sei und länger schlafen wolle. Der Mann war vollkommen ruhig und schien nur um das Wohlergehen seiner Begleiterin besorgt zu sein. Man ließ das Rädchen ungeführt, bis gestern nachmittag Reinholdesfrau, die gegen 4 Uhr an die Tür des Zimmers klopfte und keine Antwort erhielt, Verdacht schöpfte. Dieser über Gebühr ausgedehnte Schlaf des Rädchens kam ihnen verdächtig vor. Der Hotelbesitzer ließ endlich durch einen Schlosser die von innen verriegelte Tür öffnen. Das Bett war bis zum Kopfende hinout mit dem Deckbett zugegeben, so daß auf den ersten Blick nicht zu erkennen war, ob jemand darin liegt. Als man aber das Deckbett zurückschlug, bot sich ein gräßliches Anblick. Das Rädchen lag halb bedeckt von Blut überströmt in den von Blut völlig durchtränkten Kissen. Sie war tot. Der Wirt rief sofort die Kriminalpolizei und der Chef, Regierungsdirektor Dr. Weich, erschien alsbald mit den Kommissaren der Nordkommission, Dr. Anuschka und Drosch, mit dem Erkennungsdienst und dem Gerichtsarzt. Nachdem der Befund im Lichtbild festgehalten worden war, stellte der Gerichtsarzt bei Besichtigung der Leiche fest, daß der Schädel mit einem spitzen Instrument vollständig zertrümmert war. Die Waffe, mit der das Verbrechen verübt wurde, ist noch nicht gefunden. Die Bestattung des Hotelpersonals förderte bisher noch keine Anhaltspunkte zutage. Das kleine Zimmer, das am Ende eines langen Korridors nach dem Hofe heraus liegt, liegt auf einer Seite an ein Badezimmer, so daß auch kein verdächtiges Geräusch oder Hilfserose gehört wurden.

Die sofort angestellten Ermittlungen der Nordkommission ergaben, daß die Ermordete eine 30 Jahre alte Frau Margarete Rechel ist, die mit ihrem Mann und einem 6 Jahre alten Sohne in der Hufschmiedstraße 17 wohnte. In letzter Zeit war zwischen den Eheleuten eine Entfremdung eingetreten, jedoch ohne daß sie zu einer Trennung geführt hätte. Vielmehr gingen der Mann und die Frau jedes seinen eigenen Weg. Weiter wurde festgestellt, daß Frau Rechel seit geraumer Zeit Beziehungen zu einem 33 Jahre alten Max Hanisch aus der Reichstraße 46 unterhalte. Hanisch betrieb früher in der Reindendörfer Straße eine Autoreparaturwerkstatt, die er aber infolge schlechten Geschäftsganges aufgeben mußte. Wie Hausgenossen befanden, verfolgte er Frau Rechel ständig mit Anträgen und suchte sie auch in ihrer Wohnung auf, wenn ihr Mann abwesend war. Am Donnerstagabend ging das Paar zusammen aus und suchte das Hotel auf. Aus welchem Grunde Hanisch die Frau ermordet hat, konnte bisher nicht festgestellt werden, man vermutet jedoch, daß sie sich seinen Wünschen widersetzt hat und daß er sie in der Wut darüber tötete. Hanisch ist flüchtig. Nach Aufklärung, die er anderen gegenüber getan hat, muß angenommen werden, daß er auch in seinem Leben ein Ende machen wird. Alle Maßnahmen, um seiner habhaft zu werden, sind in die Wege geleitet.

## Wilhelm Ellenbogen.

### Unser Redner in der Rundgebung am Montag.

In der großen öffentlichen und allgemein zugänglichen Versammlung gegen den Faschismus am Montagabend in der „Neuen Welt“ wird Abg. Dr. Wilhelm Ellenbogen-Wien das Referat erstatten.

Ellenbogen ist leghin 60 Jahre alt geworden, aber wer das nicht weiß, würde es dem frischen und bemeglichen Manne nicht ansehen. Seit seiner Jünglingszeit steht er in der so mächtig erstarkten Wiener Arbeiterbewegung. Schon im Anfang der neunziger Jahre, als noch kein einziger Sozialdemokrat in den damaligen Privilegienparlamenten des Staates, der Länder und Gemeinden saß, war der junge Krankenträger Dr. Ellenbogen einer der bestkämpften Vorkämpfer und Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, einer ihrer erfolgreichsten Propagandisten durch seine besondere Rednergabe sowie durch seine Flugchriften und seine populären Artikel in Franz Schumeyers „Bolschewistik“. Jahrzehntlang schon verwaltet er die Parteikasse.

Erst als die angeklärte Wählerklasse des allgemeinen Stimmrechts 1901 zum zweiten Male wählte, kam Ellenbogen als Vertreter von Wien-Mitte und Nordwest ins Parlament, dem er nun ein Vierteljahrhundert angehört und zu dessen bedeutendsten Wirtschaftspolitikern er gehört. Schon im alten Oesterreich war er bekannt als Spezialist für alle Eisenbahnangelegenheiten, schon damals hat er unablässig jene Ruhbarmachung der Alpenwasserläufe zur Elektrizitätsgewinnung gefordert, die nun endlich, im Zwang der Not, die Republik Deutschösterreich und die Stadt Wien in sehr bedeutendem Maße betreiben. Aber auch schon im alten Oesterreich erwies sich Ellenbogen als ein besonders guter Kenner Italiens, dessen Volk und Sprache er liebt. Die Entwicklung Italiens hat er seither unablässig verfolgt, und seine genaue Kenntnis des heutigen Russolins ist nicht nur unserer deutschösterreichischen Bruderpartei, sondern der ganzen Internationalen von großem Wert. Nimm man zu diesen Spezialgebieten — auch der arbeitsreiche Vorkämpfer in der Sozialisierungskommission ist hinzuzurechnen — noch Ellenbogens nichtpolitische Interessengebiete, auf denen allen er rastlos tätig und nie am Oberflächlichen vorbeiziehend ist, so kann man sich nur wundern, wo unser lieber Gast und Genosse die Zeit für all das hernimmt. Das Arbeitervolk von Wien und gar die Bevölkerung des Wiener Proletariatsbezirks XX. (Brigittenau), dessen Organisation Ellenbogen seine besondere Fürsorge widmet, sind stolz auf diesen ebenso schlichten Menschen wie bedeutenden Führer. Berliner Arbeiter werden ihn Montagabends in der „Neuen Welt“ willkommen heißen.

### Mißhandlung im Amt.

Begen Mißhandlung im Amt stand am Montag der Polizeiwachmeister Hase vor dem Schöffengericht Reufköln. Er war beschuldigt, am 23. Dezember 1924 den Kaufmann Krautter nach seiner Verhaftung bedroht und ihm mit dem Revolver ein Stillsitzen zuzusagen. Die Beweisaufnahme ergab, daß Hase Eindrehern, die damals in der Substantion ihre Unwesen trieben, ausgeliefert hatte. Unglücklicherweise sah Hase die Motorjähre des Richters von R. Motorrad für Lichtsignale an, und hielt den ungeschulden R., der gerade von einer Geschäftsreise zurückkehrte, an. Ausgerechnet hatte dieser, ein ehemaliger Schlosser, auch Diesterich, Revolver und Schlagring bei sich und zur stärkeren unglücklichen Verteilung war seine Wohnung eine andere, als auf den Papieren angegeben. Obendrein bekam er noch von R., der Hases Hund abwehrte, einen Tritt vor das Schienbein. Hase bestritt die ihm zur Last gelegten Handlungen, Behauptung Rand gegen Behauptung, da die Zeugen nichts gesehen hätten. Der Staatsanwalt beantragte auf Grund des § 340 3 Monate Gefängnis und 2 Jahre Aberkennung der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter, das Gericht erkannte gegen den bis jetzt unbescholtenen Angeklagten unter weitestgehender Subtilisierung mildernden Umständen auf 100 M. Geldstrafe. Es nahm an, daß die tragischen Schläge tatsächlich vorgekommen sind, berücksichtigte aber die damalige Erregung Hases, der annahm, einen Eindrehern gefaßt zu haben.

### Paßvereinfachungen zwischen Deutschland und Frankreich.

Im Reiseverkehr zwischen Deutschland und Frankreich ist eine Vereinfachung der Visumgebühren eingetreten. Die deutsche Gebühr ist ermäßigt: 1. für einmalige Durchreise bis zu drei Tagen auf 1 M., 2. für einmalige Ein- und Ausreise oder einmalige Durchreise und zurück auf 5 M., 3. für beliebig häufige Reisen bis zu einem Jahr auf 10 M. Die französischen Gebühren betragen 1. 1,25 Goldfr. für einmalige Durchreise mit fünf Tagen Gültigkeit; 2. 12,25 Goldfr. für die einfache Einreise für ein Jahr und für den Dauereinfuhrer für ein Jahr.

Die Einreise nach Oesterreich. Im immer wieder eintausenden zahlreichen Anträgen über die Paßformalitäten des Reiseverkehrs nach Oesterreich zu begegnen, wird nochmals darauf hingewiesen, daß Reichsbürger zur Reise nach Oesterreich keines Visums, sondern zwecks Nachweises ihrer deutschen Staatsbürgerschaft es lediglich eines gültigen Reisepasses bedürfen.

„Warnung vor falschen Sammelreisen.“ In Nr. 218 des „Vorwärts“ war eine Warnung vor falschen Sammelreisen enthalten. Soweit diese Warnung sich auf eine Liste bezog, die im Gewerkschaftshaus gesehrieben wurde, beruht auf einem Mißverständnis. Es handelt sich um eine richtige Liste für die Streikenden in England und der Gewerkschaftsgenossen, der sie verbreitete, hat seine Pflicht einwandfrei erfüllt. Bei der Leitung der Geschäftsleitung des Restaurants des Gewerkschaftshauses war anstatt des Namens der Firmenstempel auf die Liste gesetzt worden, wodurch der Irrtum bei unserem Gewährsmann hervorgerufen wurde.

Pfingstausflüge im Flugzeug plant die Deutsche Luftkassa. Zum erstenmal sollen während der Pfingstfeiertage vom 22. bis 25. Mai von Berlin aus nach Dresden und Ropendagen Pfingstsonderfahrten unternommen werden.

Berliner Mastviehausstellung. Auf dem Gelände des Zentralviehhofes findet zurzeit eine Mastviehausstellung statt, zu der aus allen Gegenden des Reiches Interessenten und Käufer sich einfanden. Der Besuch wurde durch einen gleichzeitig stattfindenden öffentlichen Viehmarkt begünstigt. Man sah großenteils hochwertigen, vollausgemasteten Mastvieh. Vom „Schlachtwettbewerb“ wurden die besten Tiere prämiert, ebenso der beste Mastochse und das beste Mastschwein. Wer 1 M. übrig hat, kann diese Ausstellungen besuchen.

Straßenbahnlinie Bf. Cöpenick—Schmöderwitz. Nachdem durch eine Verbindung der Gleise die am Bf. Grünau endigenden Straßenbahnstrecken zusammengeschlossen sind, wird vom 15. Mai d. J. ab die Linie Bf. Cöpenick—Bf. Grünau, über Freibad Grünau, Karolinenhof nach Schmöderwitz durchgeführt, unter gleichzeitigen Wegfall der Linie 186. Am selben Tage tritt auf den Linien 83 und 84 ein neuer Fahrplan in Kraft.

Beiratsbildungsansuch Groß-Berlin. Vollstreckungen für Kinderbeweise in der Städtischen Ober-Charlottenburg. Für die deutsche Kundgebung „Der legendäre Holländer“ sind noch Karten zum Preise von 1,20 M. im Bureau des Beiratsbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof 11, Zimmer 2, zu haben.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr, Pappellallee 16, Vortrag des Herrn Dr. R. Sturm: Christian D. Grabs, Harmonium: Zwei Biogeniader. (Bach, Weber). Gäste willkommen.

## Das Schicksal der „Norge“.

### Seit Donnerstag vormittag keine Nachrichten.

Die letzten Nachrichten aus Amerika, die besagen, daß seit 24 Stunden funktentelegraphische Nachrichten von Bord der „Norge“ ausgeblieben sind, haben in führenden Kreisen der deutschen Luftschiffahrt, wo man den Flug Amundsens mit gespanntester Interesse verfolgt, ernste Beunruhigung hervorgerufen. Von einem der ältesten und erfahrensten Fachleute Deutschlands wird hierzu folgendes mitgeteilt:

Die Tatsache, daß man seit Donnerstag vormittag keine funktentelegraphischen Nachrichten von der „Norge“ mehr erhalten hat, ist an sich noch nicht allzu beunruhigend. Es ist durchaus denkbar, daß die Sendestation des Luftschiffes gestört ist, daß also Mitteilungen nicht mehr in den Äther gesandt werden können. Das ist für den Ausgang der Expedition auch nicht von ausschlaggebender Bedeutung, denn auf jeden Fall wird die „Norge“ wohl die amerikanischen Funkengroßstationen hören können. Amundsen hat mit allen Großen der Expedition verabredet, daß ihm zu bestimmten Zeiten Signale der Stationen übermittelt werden. Aus dem Empfang dieser Zeichen ist es immerhin möglich, eine einigermaßen sichere Meinung zu konstruieren, so daß der Führer des Schiffes über den Kurs, den er einzunehmen hat, und über seinen augenblicklichen Standort wenigstens ungefähr im Bilde ist. Möglicherweise hat die „Norge“ noch rechtzeitig Wetterdienstmeldungen erhalten, die den über Alaska herrschenden Sturm ihr mitteilen und sie so veranlassen, dem Unwetter auszuweichen. Weit ernster ist aber die Tatsache, daß die „Norge“ für den Vollflug von vornherein nur für 70 Stunden an Bord nehmen können und das Schiff, das einen Aktionsradius von etwa 3000 englischen Meilen besitzt, dürfte diese Strecke bereits durchfliegen haben. Aus den ausgegangenen Funkprüfungen ließ sich zwar erkennen, daß der Kommandant Robile nicht mit voller Kraft gefahren ist, sicherlich in der Voraussicht, daß der „Norge“ eine gewisse Energiereise auch bei glatter Durchführung des Programms verbleiben müßte, aber es ist sehr wohl denkbar, daß das Luftschiff, wenn es wirklich in den Sturm geraten ist, seine Benzinreserven aufgebraucht hat. Ein Treiben vor dem Winde, das man nur im Notfall unternimmt, birgt sehr erhebliche Gefahren, da Amundsen im hohen Norden kaum einen geeigneten Landungsplatz finden dürfte. Eine weitere nicht zu unterschätzende Gefahr ist die Tatsache, daß das Luftschiff eine stark begrenzte Schwebefähigkeit besitzt. Luftschiffe, die nach dem unstarren System erbaut sind, müssen immer einen gewissen Lieberdruck besitzen, um die konstruierte Form zu erhalten, die notwendig ist, um das statische Gleichgewicht zu wahren und Steuermandöver ausführen zu können. Falls es Amundsen gelingt, das Luftschiff irgendwo auf festes Land zu bringen, dürfte ihm auch die Rückkehr der Expedition nicht unmöglich sein, da die mitgeführten Mengen Proviant und sonstigen Hilfsmittel genug sind, um alle Teilnehmer etwa 30 Tage lang versorgen und ernähren können. In den nächsten 24 Stunden muß sich das Schicksal der „Norge“ entscheiden. Sollte bis dahin noch keine Nachricht über den Verbleib des Luftschiffes vorliegen, müßten allerdings schleunigst Hilfeexpeditionen mit Flugzeugen ausgerüstet werden, um zu erfunden, was aus den lähnen Forschern geworden ist.

Seattle, 14. Februar. (M.B.) Trotz umfangreicher Bemühungen sind hier bisher keine weiteren Nachrichten von der „Norge“ aufgefunden worden. Nach hier eingegangenen Meldungen wurde die „Norge“ nach Ueberreichung des Nordpols in Point Barrow gesichtet. Dem einen Bericht zufolge hat die „Norge“ gestern morgen 1 Uhr 30 (amerikanische Normalzeit) Point Barrow überflogen. Der andere, 24 Stunden jüngere Bericht besagt, daß die „Norge“ gestern mittag über oder in der Nähe von Point Barrow flog. Hiesige Bekannte Amundsens glauben, daß Amundsen möglicherweise nach Erreichung der Küste von Alaska bei Point Barrow zurückgelassen ist, um nach nördlicher gelegenen Land zu suchen oder einen Ueberblick über das noch ganz unerforschte Gebiet zu gewinnen. In Rome sind Eingeborene und Weibe aus der ganzen Umgegend zusammengeführt, um bei dem Empfang der „Norge“ zuzusehen. Kapitän Wilkins ist mit einem Begleiter in dem Flugzeug Detroit von Fairbanks nach Barrow abgeflogen, um in der gleichen Gegend, in der jetzt die „Norge“ vermutet wird, Land zu entdecken. Den letzten Bericht zufolge befindet sich das Flugzeug noch in Point Barrow.

Von einem Großfeuer wurde am Freitag mittag das Dorf Lutzeran bei Böh in Mecklenburg-Schwerin heimgejucht. Das Feuer griff in wenigen Minuten auf das ganze Dorf über und vernichtete 22 Gebäude. Ein Feuerwehrmann wurde bei den Löscharbeiten durch einen einwirkenden Sichel erschlagen. Viel Vieh und zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen sind verbrannt. Ein weiteres Großfeuer wütete in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in den Anlagen der hannoverschen Brauerei A.G. in Hannover-Linden. Die Rest- und Woffelbäderel, die 40—50 Mann beschäftigt, wurde völlig eingeschert. 15 Maschinen wurden ein Raub der Flammen. Der Feuerwehrr gelang es, das Uebergreifen des Feuers auf die Bureau- und Badräume und auf die Nachbargebäude zu verhindern. Der Schaden beträgt etwa 100 000 M. — Von einer schweren Feuersbrunst wurde am Himmelfahrtstag das jüdrumänische Dorf Kaseji heimgejucht. Das ganze Dorf wurde zerstört, rund 100 Familien sind obdachlos. Ungeheuer groß ist der Verlust an Vieh. Da die meisten Häuser nur aus Holz bestanden, war bei dem herrschenden Wind an eine Rettung nicht zu denken.

Ein sechsstarker Raubmörder verhaftet. In Schneidemühl wurde der schon seit Jahren von mehreren Staatsanwaltschaften wegen sechsfachen Raubmordes gesuchte polnische Bandenführer Johann Siemierz, genannt „Blinder Johann“, durch einen Oberlandjäger in dem Augenblick festgenommen, als er die Grenze überschreiten wollte. Der Verhaftete wurde dem Grenzkommissariat übergeben.

Fernsprech- und Paketverkehr mit England. Ab 15. Mai beginnt der Fernsprechverkehr mit England (London) täglich eine Stunde früher als bisher, also am Sonnabend um 2 Uhr und an den übrigen Wochentagen um 5 Uhr nachmittags mitteleropäischer Zeit. Auch der Paketverkehr mit Großbritannien ist jetzt wieder aufgenommen worden.

Eröffnung der Rax-Schneebahn zu Pfingsten. Die Seilseilbahn zur Rax in Oesterreich, mit der die Möglichkeit geboten ist, den über 2000 Meter hohen Gebirgszug in nicht ganz zwei Stunden zu erreichen, soll zu Pfingsten eröffnet werden. Je 20 Hänge sind täglich in jeder Richtung vorgesehen. Die von der Bahn überwundene Höhendifferenz beträgt über 1000 Meter.

26 Millionen Kraftfahrzeuge auf der Erde. Nach einer von amtlicher Seite veröffentlichten Statistik waren am 1. Januar 1926 2 706 151 Personenwagen, 145 578 Omnibusse, 3 454 930 Lastwagen und 1 519 785 Motorräder, insgesamt 25 978 928 Kraftfahrzeuge vorhanden. Von diesen Fahrzeugen entfielen auf Europa 8 840 967, Asien 369 292, Afrika 187 003, Amerika 21 157 870, Australien 618 838 Fahrzeuge.

DUNLOP  
TENNIS-U-GOLF  
BÄLLE  
Die Turnierbälle  
der Saison 1926



### Dreißig Jahre Treptow-Sternwarte.

Die Treptow-Sternwarte, das Institut für Sternkunde und verwandte Wissenschaften, auf das die Berliner mit Recht so stolz sind, feierte in diesen Tagen ihr dreißigjähriges Bestehen. Dr. F. S. Archenhold, ihr wissenschaftlicher Leiter, hatte gemeinsam mit dem Verein der Freunde der Treptow-Sternwarte zu einer kleinen Feier geladen.

Im Vortragsaal begrüßte er die zahlreich erschienenen Gäste, unter denen sich namhafte Vertreter der Wissenschaft und der Behörden befanden. Dann gab er einen knappen Überblick über die Entstehungsgeschichte der Sternwarte. Bis vor dreißig Jahren war man zur Nachprüfung von Himmelsphotographien und astronomischen Berechnungen ausschließlich auf das Ausland angewiesen, das damals bereits über bedeutende Fernrohre verfügte. In Deutschland fehlten die Mittel dazu, da vor allem der Bau der großen Kuppel, die das Fernrohr vor Wind und Regen zu schützen bestimmt war, so riesige Summen verschlang. Beträgen die Kosten bei kleineren Fernrohren auch nur einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz, so steigerten sie sich bei großen ungeheuer und machten oft fast neun Zehntel der gesamten Anschaffungssumme aus. Da kam Dr. Archenhold auf den Gedanken, den Wind- und Regenschutz in Form eines schwebenden Wagens zu konstruieren, den man nach Bedarf über das Fernrohr bringen könne. Damit hätten sich die Anschaffungskosten für das große Fernrohr, das mit 21 Meter Brennweite noch eine 3 Meter größere Brennweite als das damals bedeutendste amerikanische Fernrohr hatte, auf etwa eine Viertelmillion vermindert. Doch war auch diese damals nicht leicht zu beschaffen. Da brachte der Zufall Hilfe. Die Gewerbe-Ausstellung, die damals in Berlin stattfand, erklärte sich bereit, den Bau zu subventionieren, wenn dagegen das Fernrohr für die Dauer der Ausstellung als Ausstellungsobjekt überlassen würde. So konnte in einem Jahr das große Fernrohr fertiggestellt werden; dann fand es vorerst in einem provisorischen Holzhaus Aufnahme. Aber schließlich mußte man doch an den Bau eines gemauerten Gebäudes denken. Nachdem 250 000 M. waren dafür nötig. Da zeigte sich, wie stark der Anteil war, den die arbeitenden Klassen an diesem Werk der Wissenschaft nahmen: um den Neubau zu ermöglichen, leisteten die Gewerkschaften Garantie für die Abnahme von 100 000 Karten zu den Vorträgen. So steht nun seit 1908 das Steingebäude in Treptow als Wahrzeichen der astronomischen Wissenschaft. Aber die Sternwarte wäre nicht ohne ihren Leiter Archenhold. Mit ungeheurem Fleiß hat er Vorträge gehalten, um die nötigen Geldmittel zu schaffen, mit aller Energie hat er sich eingesetzt für das Werk, das der deutschen Wissenschaft nun zur Ehre dient. Mit Recht rühmte der Vertreter des Vereins von Freunden der Treptow-Sternwarte das Wirken dieses unermüdeten Gelehrten, mit Recht dankten ihm Vertreter des Ministeriums für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, des Schulwesens, der Lehrerschaft, der Magistrats- und wissenschaftlicher Verbände und brachten ihm Glückwünsche zur Dreißig-Jahr-Feier seines Wertes.

Anschließend hielt dann Prof. Dr. Joh. Schuberth, der mit zu den Gründern gehört, die Entstehung und Wachsen des Instituts tatkräftig mit unterstützt haben, einen interessanten Vortrag über „Größe, Verlauf und Wirkungen der Sonnenstrahlung an der Erdoberfläche“. Darauf stiegen die Gäste auf das Dach des Hauses, um einen Blick in die Wunderwelt der Gestirne zu tun.

### Sport im Staub.

Die Stadt Berlin tut alles, was irgend möglich ist, um den Fremdenverkehr zu heben. Wir haben jetzt ein Reservoir, und neulich hat man erst erfahren, wie mütterlich Beralina für die Gesundheit ihrer Kinder sorgt. Eine Anzahl von Spiel- und Sportplätzen dient der körperlichen Erziehung. Es wäre aber sehr angebracht, wenn die Deputation das Gesundheitswesen sich einmal mit dem Zustand dieser Sportplätze beschäftigte, denn dieser verhindert oft genug den angestrebten guten Zweck.

Der Spielplatz im Seepark Wilmersdorf besteht aus einer großen Sandfläche, auf der nicht das kleinste Händchen wagt. Täglich spielen hier unsere Schulen oder Sportvereine Fußball, Fußball oder Hockey. Jeder Schlag mit dem Hockschläger, jeder Fußtritt wirbelt erhebliche Staubwolken auf. Bei frühem Wind ist die Auguststraße, die den Park durchquert und gerade an dem Spielplatz vorbeiführt, durch große Staubwolken unpassierbar. Dieser Zustand besteht bereits seit einem Jahr. Die Anwohner, die zuerst unter der Ungezieferplage infolge des zur Aufschüttung des Sees verwandten Küchenmülls, durch die Fäulnis des Sees und den Verwesungsgeruch des Mülls jahrelang gelitten haben, wurden mit der Aussicht auf die Vorteile, die der gesamten Bürgerschaft und ihnen in besonderer Weise die Anlage des Sees bringen würde, verlockt. Nun ist der Park, bis auf ein kurzes Anschlußstück zur Kaiserallee, fertiggestellt. Infolge der mangelhaften Anlage sind aber auch die fertiggestellten Teile nur absolut unbenutzbar. — Hatte die Bezirksverwaltung wirklich das Spielgeld der Sportvereine so nötig, daß der Gartenbauverwaltung in 1 1/2 Jahren keine Zeit zur Anlage einer kurzen Grasnarbe bleibt? Ist nicht wenigstens, wenn es in diesem Jahr zur Vornahme gärtnerischer Arbeiten schon zu spät ist, im Etat des Bezirksamts etwas Geld für eine Sprengung des Viehes übrig? Der gegenwärtige Zustand des Spielplatzes ist jedenfalls ein Beispiel, wie man Sportplätze nicht anlegen sollte: Ohne Umfleißeheile (die Sportvereine sind auf die nächstliegende Aneignung angewiesen), ohne Abortanlagen, mit Lehm Boden und Sandaufschüttung. Es wäre schätzenswert, zu wissen, wer hier der Berater des Bezirksamts, bzw. der Gartenbauverwaltung war.

### Repräsentantenwahlen der Jüdischen Gemeinde.

Am 16. Mai finden die Wahlen zur Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde in Berlin statt. Die Jüdische Gemeinde hat nicht nur religiöse Aufgaben, in ihren Arbeitsbereich gehören auch wichtige soziale und wirtschaftliche Fragen, an denen besonders die jüdischen Arbeiter, Angestellten und alle anderen Arbeitnehmer sehr interessiert sind. Im Wahlkampf, der mit außerordentlicher Heftigkeit entbrannt ist, stehen fünf verschiedene Parteien. Um die Stimmen der Wähler bewirbt sich auch die jüdische sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Zion, deren Vorkämpfer Genosse Dr. Dostor Cohn ist. Diese Liste ist die einzige, auf der nur organisierte Parteigenossen kandidieren. Eine Verbindung mit den bürgerlichen Gruppen von den Parteigenossen prinzipiell abgelehnt worden. In ihrem Wahlprogramm fordern die Genossen der Poale Zion die Verwirklichung der Gemeinde und legen besonderen Nachdruck auf die soziale Tätigkeit der Gemeinde (Arbeitsnachweis, Berufsberatung, Wanderfürsorge, Förderung der Palästina-Kolonisation, Jugend- und Altersfürsorge, Erwerbslosenfürsorge usw.), während sie sich an den religiösen Angelegenheiten der Gemeinde desinteressiert erklären und die Entscheidung über religiöse Dinge den religiös eingestellten Gemeindegliedern überlassen.

Es ist deshalb Pflicht aller jüdischen Genossen, sich an dem Wahlkampf zu beteiligen und am 16. Mai ihre Stimmen für die Liste Nr. 3, beginnend mit dem Namen Dostor Cohn, S. Adler, Kubel, Mifre Berger abzugeben.

### Aus den Bezirken.

#### 5. Bezirk — Friedrichshain.

Die Bezirksversammlungen des Bezirks Friedrichshain trugen in ihren Verhandlungen ein besonderes Zeichen: Lange Tagesordnungen, endlose Kommunistenreden mit künstlich erregtem Krach, keine positive Arbeit. So auch an den beiden letzten Mittwochabenden. Die erste Sitzung am 5. Mai beschäftigte sich anfangs mit Erwerbslosenfragen. Der Kommunist Bittorf langweilte die Versammlung mit unnützen Ausführungen und einigen Anklagen gegen das Arbeitsamt, die auf falscher Information und Verdrehungen beruhten. Genosse Stadtrat Brückner rügte sofort die Dinge ins rechte Licht und stellte fest, daß unter seiner Leitung im Arbeitsamt keine Vorgänge die Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Genosse Siegle betonte, daß der Magistrat nicht alle Möglichkeiten zur Durchführung der Arbeitsarbeiten ausgeschöpft habe. Hierhin sind Beschwerden zu richten. Bei einer Anfrage betr. der Unterschlagungen in den Steuerämtern stellte Bürgermeister Genosse Keliy fest, daß im Steueramt Friedrichshain keine Unterschlagungen vorgekommen sind. Die Kontrollmaßnahmen sind vorzüglich. Eine Änderung des Geschäftsjahres sei nicht notwendig. Der Bezirksverordnete Fuhrmann (Volkspartei) wünschte in einer Anfrage Schutz der Schmudalanlagen. Stadtrat Genosse Rosin erwähnte, daß tatsächlich die Bevölkerung in dieser Hinsicht noch unzureichend sei. 23 Bänke sind innerhalb von 5 Monaten stark beschädigt resp. verwunden. Höhere Schüler hat man insbesondere beim Abreißen von Blütenzweigen betroffen usw. Auch der Magistrat zeige kein rechtes Entgegenkommen. Er hat die Mittel für die Instandsetzungen der Anlagen auf dem Stralauer Platz und Andreasplatz gestrichen. Die Arbeiten werden jetzt aus Mitteln des Bezirksamts bestritten. Das vom Magistrat eingeleitete Osterferienverbot hat weitgehenden Schaden angerichtet. Dem Kommunisten Oldenburg blieb es vorbehalten, auch die Rademonstration der graphischen Arbeiter auf dem Spielplatz im Friedrichshain zu den zerstörenden Einflüssen zu zählen. In der am 12. Mai fortgesetzten Sitzung wurde vorerst von unseren Genossen — um die Tagesordnung aufzuarbeiten — Beschränkung der Redezeit auf 15 Minuten beantragt und nach dem Widerspruch der Kommunisten beschlossen. Diese zuelten dann offensichtlich auf Provokationen ab. Zu jedem Punkt sprach von ihnen ein Redner in der üblichen Weise. Sie bewiesen damit, daß ihnen an der Erledigung der Tagesordnung nichts liegt. Einige Anfragen wegen der Liebergriffe der Polizei bei Demonstrationen und Ausschreitungen gegenüber einer Schwangeren bei Geburt auf offener Straße gaben ihnen willkommenen Anlaß, ohne Grund gegen das Bezirksamt aufzutreten. Stadtrat Genosse Günther bedauerte zum letzten Mal das Verhalten eines Polizeibeamten, der über die nächstliegende einzuleitenden Schritte falsch informiert war, stellte aber fest, daß dann vom Krankenhaus alles getan wurde, um die Frau unterzubringen. Genosse Bürgermeister Keliy verwies darauf, daß das Bezirksamt nur eine Verwaltungsbehörde sei, die auf polizeiliche Anordnungen keine Einsprüche ausüben könne. Im übrigen müsse sich auch die Bevölkerung in Behauptungen usw. gegenüber den Beamten mehr Zurückhaltung auferlegen. Er sei zur Mithilfe bei der Erledigung von Beschwerden jederzeit gern bereit. Sodann begründete Genosse Jahn eine Anfrage unserer Fraktion wegen der Veröffentlichungen einiger Zeitungen über die Wohnungsnot, die zum Teil auch den Bezirk Friedrichshain betraf. Vom Bezirksamt antwortete der kommunistische Stadtrat Bänich. Die angeführten Beispiele beruhen bis auf einige Liebergriffe auf Richtigkeit. Er stellte aber öffentlich fest, daß auch das Wohnungsamt in solchen Fällen nichts machen könnte, da ihm alle Nachmittel fehlen. Das Wohnungsamt stelle lediglich einen Freilich dar, das nur in den allerdringendsten Fällen eine nicht immer genügende Hilfe schaffen könne. Von 4800 im Jahr neu zur Verfügung stehenden Wohnungen in Groß-Berlin entfalle auf den Bezirk nur ein so geringer Teil nach der Fertigstellung, daß in jedem Jahr der Justrom an Wohnungsuchenden größer werde. Zum Schluß ließ sich Bänich in eine Auseinandersetzung mit anderen Bezirksamtsmitgliedern ein und unter großem Lärm und unehörligen Anpöbelungen unserer Genossen durch die Kommunisten wurde die Sitzung geschlossen. Es dürfte an der Zeit sein, auch hier einmal den Kommunisten mit aller Deutlichkeit klar zu machen, daß sie durch ihr Verhalten nur dazu beitragen, die Bezirksversammlungen zum Gespött der Öffentlichkeit zu machen und daß sie die öffentlichen Gelder durch ihre Obstruktions- und Verschleppungstaktik zu verschleudern.

#### 8. Bezirk — Spandau.

In der letzten Bezirksverordnetenversammlung stand der Beschluß des Ausschusses über den Dringlichkeitsantrag der Bezirksverordneten Benschke und Genossen wegen der Zusammenlegung der Bezirke Spandau und Charlottenburg auf der Tagesordnung. Für den Antrag wäre wohl eine Mehrheit zustande gekommen, wenn nicht von der Rechten ein Zusatzantrag, der eine selbständigere Gestaltung der Bezirke durch Zusammenlegung von Dotationen gefordert hätte, eingebracht worden wäre. Gegen diesen Zusatzantrag wandte sich Genosse Benschke in längeren Ausführungen. Insbesondere wies er darauf hin, daß der Zusatzantrag bereits überholt sei, und daß in den einzelnen Fraktionen erst eingehende Stellung dazu genommen werden müsse, um übereinzukommen, in welcher Form man eine größere Selbständigkeit der Bezirke herbeiführen könne, ohne die Einheitsgemeinde Groß-Berlin zu zerschlagen. Der Zusatzantrag wurde daher nochmals dem Ausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Weiter lag ein Antrag der Demokraten vor, der besagte, daß in allen Bezirksämtern die Befehle der Stellen in den Gruppen 7 bis 10 nach demselben Verhältnis erfolgen solle, wie in der Zentrale. Da weiterhin dem Bezirksamt die Mittel zur Errichtung eines Freibades auf dem Fichteswerder in Höhe von 400 000 M. gestrichen wurden, ist ein erneuter dahingehender Antrag gestellt und angenommen worden. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß vom Stadtamt für Leibesübungen hierfür volles Verständnis entgegengebracht wird.

#### 12. Bezirk — Steglitz.

In der letzten Bezirksversammlung berichtete Genosse Klose über die Untersuchungen des Ausschusses, der sich mit der Unterbringung der Ermittler zu befassen hatte. Das vorgeschlagene Haus Körnerstraße 42 B eignete sich zur Unterbringung Ermittler. Doch steht es auf eisenbahnschienenförmigem Gelände, es ist auf jederzeitigen Widerruf gebaut und wird nach dem jetzigen Besitzer nur verkaufswise und nicht pachtweise abgegeben. Der Ausschuss schlug deshalb abermals den Bau einer heizbaren Wohnbaracke vor. Die Versammlung stimmte dem zu. Ein dritter Antrag, ein Haus am Fändelplatz zu beschlagnehmen, wurde zurückgestellt, da die Verhältnisse nicht geklärt erschienen. Ein kommunistischer Antrag, Mittel für die Frauenschule zur Beschaffung von Schulmaterial für Kinder zu verwenden, wird nach der Erklärung des Bezirksamts, daß für alle bedürftigen Kinder in dieser Hinsicht bereits gesorgt sei, abgelehnt. Ein Antrag, der Erhöhung des Schulgeldes zu widersprechen, wurde gegen unsere Stimmen angenommen. Drei Anträge unserer Genossen, die sich mit der ärztlichen Behandlung unbemittelter Rentnempänger,

einmaliger Wirtschaftshilfe für Rentnempänger und Nichtanrechnung der Kriegsbeschädigtenrente bei der Erwerbslosenunterstützung befaßt wurden von den Kommunisten fast wörtlich ebenfalls eingebracht. Sie wurden angenommen. Besonderes Interesse beanspruchten aber zwei Anfragen. Zuerst eine unserer Genossen bezüglich der Rotstandsarbeiten nahe dem Bäderpark. Das Bezirksamt berichtete, daß die Gelder erst vor wenigen Tagen angewiesen seien und die Arbeiten am selben Tage begonnen hätten. Die zweite Anfrage der Linken und der Mittelparteien, die sich auf die fortgesetzten Angriffe des „Steglitzer Anzeigers“ gegen das Bezirksamt bezog. Es wurde Auskunft verlangt, ob diese Angriffe sachlich begründet seien. Bemerkenswert war, daß der Chefredakteur des „Steglitzer Anzeigers“ vor der Beantwortung dieser Frage durch den Bürgermeister den Sozialverleih und seine Kollegen ebenfalls dazu veranlassen wollte, ohne hierbei Erfolg zu haben. Der Bürgermeister Sembriski sprach in ruhiger sachlicher Weise sein Befremden und Bedauern darüber aus, daß der „Steglitzer Anzeiger“ das Bezirksamt dauernd so unfaßlich kritisiere. Die Kritik des Blattes sei völlig ungeeignet und treffe überhaupt den Bezirk Steglitz gar nicht. Dann aber müsse er sich entschieden dagegen wenden, daß der verstorbenen Stadtbaurat Jentsch dauernd gegen das Bezirksamt ausgespielt werde. Es gebe wohl keinen, der die Arbeiten dieses Mannes nicht voll würdige. Dem Andenken eines Toten aber geschähe keine Ehre wenn er dauernd zum Gegenstand einer Pressepolemik gemacht werde. Er habe jederzeit erklärt, daß es ihm gleich sei, ob ein Techniker oder ein Jurist als beauftragter Stadtrat gewählt werde. Er sei stets bereit gewesen, sowohl mit dem einen als auch mit dem anderen die Verwaltung sachgemäß zu führen. Die Zusammenlegung des Bezirksamtes gebe die Gewähr dafür, daß die Verkehrsinteressen im Bezirk in besten Händen seien. Dann erwähnte er den „Vorwärts“-Artikel „Verkehrsausschüsse im Westen“ und stellte fest, daß er vollständig mit diesem einverstanden sei, bis auf die Bemerkungen über Baurat Jentsch, die er bedaure. Verkehrsfragen seien Sache des Stadtbauers und man mühte sich, daß sowohl Hochbauer als auch Tiefbauer sich mit den Aufgaben des Städtebauwesens befassen. Gebührender Beifall dankte dem Bürgermeister für die ruhige sachliche Art der Antwort. Es wurde beschlossen die Aussprache über diese Antwort als ersten Punkt auf die nächste Sitzung der Bezirksversammlung zu setzen. Die Deutschnationalen waren gegen diesen Beschluß und identifizierten sich somit mit den Angriffen des „Steglitzer Anzeigers“.

#### 15. Bezirk — Treptow.

Die Sitzung der Bezirksversammlung Treptow vom 8. Mai beschäftigte sich zunächst mit einem Antrage betr. kostenlose Lieferung einer Kommunalzeitung für die Mitglieder der Bezirksversammlung. Auf Antrag unserer Fraktion wurde dieser Antrag dem Rechnungsausschuß überwiesen. Die Kommunisten hatten in letzter Stunde ihren Antrag auf Auflösung aller Wohlfahrtskommissionen zurückgezogen, nachdem sie von unseren Genossen im Wahlauschuß die notwendige Aufklärung erhalten haben. — Ein Antrag, den kommunistischen Sportlern in Johannastraße die jährliche Nacht zu erstatten, wurde dem Jugendausschuß überwiesen. — Die KPD hatte einen Antrag eingebracht, betr. ärztliche Behandlung aller nichtversicherungspflichtigen Fürsorgeberechtigten. Genosse Neumann erklärte, daß das Bezirksamt schon seit langer Zeit die Einrichtungen geschaffen hätte, die in dem Antrage verlangt würden. Unsere Fraktion könne es nicht verstehen, daß man Dinge, die schon seit Jahr und Tag im Bezirk bestehen, beantragt. Der KPD-Vertreter erkannte an, daß die im Bezirksamt Treptow getroffenen Maßnahmen gut seien. Der Antrag sei nur gestellt, damit in anderen Bezirken gleiches geschaffen werde. Die Bezirksversammlung beschloß in diesem Falle Ablehnung des Antrages. Nachfolgender Antrag unserer Fraktion fand einstimmige Annahme:

Die Bezirksversammlung ist der Meinung, daß die Unterhaltungsrichtlinie der Wohlfahrtspflege in der nicht gehobenen Fürsorge für den Lebensunterhalt in Berlin nicht genügen. Sie erucht deshalb den Magistrat, den Richtsatz im Satz für Einzelpersonen (jetzt 33 M. monatlich) auf den Satz der Erwerbslosenunterstützung (46 M.) zu erhöhen und zu erlauben, daß als Abgeltung für die aus den niederen Sätzen der rückliegenden Zeit entstandene Verhinderung der laufend unterstützten Personen eine einmalige Beihilfe gewährt wird, die betragen soll bei dreimonatigem Unterstüßungsbezug einen halben, bei sechsmonatigem Bezug einen ganzen Monatsunterstützungssatz, soweit nicht gleichhohe Sonderunterstützungen in dieser Zeit geleistet sind.

Gleichzeitig wird der Magistrat erucht, Vorbereitungen zu treffen, daß bei Aufheben des Hauszinssteuererlasses für alle davon betroffenen Areale eine dementsprechende Erhöhung der Unterstützung eintritt.

Ein Antrag der KPD, betr. Nichtanrechnung der Rentenbezüge auf die Erwerbslosenunterstützung, fand Annahme. Genossin Bundesmann erklärte, daß zwar ein gleicher Antrag schon in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen sei, aber dennoch der Antrag auch hier angenommen werden soll. Eine lebhafte Debatte entspann sich über den Antrag der KPD auf Einsetzung eines Ausschusses zur Umbenennung von Straßen. Die Rechtsfraktion ließ erklären, daß die monarchistischen Straßennamen ruhig beibehalten werden könnten, da sie doch an eine „glorreiche“ Vergangenheit erinnern. Genosse Tempert hielt den Reaktionen ihr ganzes Ständeregister vor Augen und empfahl dringend, den

**Empfindliche Wäschestücke**

können Sie getrost mit **Seifix** bleichen ohne zu befürchten, daß das Gewebe angegriffen wird. Seifix enthält nicht die geringsten schädlichen Bestandteile, ist frei von Chlor u. Wasserglas und bleicht mühelos alles schneeweiß.



DR. THOMPSON'S SEIFIX







# Was wird aus dem Wirtschaftsparlament?

## Forderungen der Arbeitnehmer.

Verfassungsfragen sind Machtfragen! Die Wahrheit dieses Wortes ließe sich an vielerlei Mißverhältnissen zwischen dem Text der Weimarer Verfassung und der sozialen und politischen Wirklichkeit vorzüglich beweisen. Besonders eindringlich wird die Wahrheit dieses Wortes jedoch bezeugt durch die Art, in der das Versprechen des Artikels 165 der Reichsverfassung bisher — nicht verwirklicht worden ist. Artikel 165 verkündet, daß die Arbeiter und Angestellten und ihre Organisationen berufen seien, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken, und daß zum Zwecke dieser Mitwirkung und zur Pflege eines neuen Wirtschaftsgeistes besondere Organe in Gestalt der Betriebsräte, der Bezirkswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrates geschaffen werden sollen.

Wie trübe es mit der Verwirklichung dieser Verkündung aussieht, ist bekannt. Eingerichtet wurden die Betriebsräte und der Vorläufige Reichswirtschaftsrat; zwischen beiden fließt eine breite Lücke, die das Wirken beider Einrichtungen mehr oder weniger unfruchtbar zu machen droht. Alle Bemühungen, die Zwischenglieder zwischen den Betriebsräten und dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat einzufügen, sowie den Bau des Organismus einer gemeinsamen Wirtschaftsführung zu vollenden durch die Konstituierung des endgültigen Reichswirtschaftsrates, sind bisher ohne Ergebnis geblieben.

Diese Bemühungen sind jedoch nun in ein neues Stadium getreten. Die Regierung hat zwei Referentenentwürfe zu einem Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat fertiggestellt und sie dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt. Dieser hat seine Beratungen abgeschlossen und einen Bericht erstattet, so daß nun die Möglichkeit besteht, das Gesetzeswerk schnell zu fördern und an den Reichstag zu bringen. Angesichts des Tempos, dessen sich „der Gesetzgeber“ bisher auf diesem Gebiet befleißigt hat, erscheint es aber geboten, daß die Öffentlichkeit den Vorgängen, die sich nun abspielen, ihre Aufmerksamkeit nicht versagt.

### Aufgabe des Reichswirtschaftsrats.

Die Aufgabe des in Frage stehenden Gesetzes besteht, allgemein gesprochen, darin, die Verfassung des endgültigen Reichswirtschaftsrats zu bestimmen und seine Befugnisse abzugrenzen. Die Frage der Verfassung des Reichswirtschaftsrats hat dabei mehr als formal-organisatorische Bedeutung, denn die Gliederung und Zusammenfassung dieser Körperschaft wird von weittragender Bedeutung für die Art und Weise der Anwendung ihrer Befugnisse und damit für die Wirkung ihrer Arbeit und ihre Stellung in der Öffentlichkeit sein. Soll aber in diesem Organ — und in den in seinem Wirkungsbereich entstehenden weiteren Körperschaften des Artikels 165 — das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der Wirtschaft, vertreten in erster Linie durch die Gewerkschaften, zur Geltung kommen, so liegt es offenbar im Interesse der Arbeiter und Angestellten und ihrer Organisationen, dem Reichswirtschaftsrat durch weitreichende Befugnisse und eine diesen Befugnissen entsprechende Verfassung eine starke Position zu geben. Denn eine Erweiterung der Befugnisse der Organe der Wirtschaftsdemokratie und eine Steigerung des Wirkungsgrades ihrer Tätigkeit ist gleichbedeutend mit einer stärkeren Geltendmachung dieses Mitbestimmungsrechts.

Dabei muß allerdings eine bestimmte Grenze nach der Seite der Zuständigkeit der verfassungsmäßigen Organe der politischen Demokratie, vor allem des Reichstages, gezogen werden, denn an einer Schwächung der Bedeutung dieser Organe zugunsten der Körperschaften der Wirtschaftsdemokratie hat die Arbeitnehmererschaft selbstverständlich kein Interesse.

### Drohende Bureaufkräftigung.

Um aber diese Grenze innezuhalten, ist es noch lange notwendig, den zukünftigen Reichswirtschaftsrat in der Weise zu bürokratisieren, wie die Entwürfe der Referenten es versuchen. Nach diesen Entwürfen sollen in den Haupt- und Sonderausschüssen des Reichswirtschaftsrats Vertreter der Regierung den Vorsitz führen, und zwar jeweils die Referenten, deren Begehrwürfe dem betreffenden Ausschusse vorliegen. Der Unterworschuh des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der sich mit den Entwürfen beschäftigt hat, vertritt dagegen in seinem Gutachten den Standpunkt, daß der Reichswirtschaftsrat seine Tätigkeit nach eigenem Recht und selbständigem Ermessen regeln müsse; er könne nicht als Unterorgan der jeweiligen Reichsregierung oder der einzelnen Ressorts erscheinen. Die begutachtenden Ausschüsse müßten ihre Beratungen in voller Unabhängigkeit führen und ihre Gutachten in voller Freiheit abgeben können. Bei der von der Regierung vorgeschlagenen Regelung würde es den Ausschüssen des Reichswirtschaftsrats auch an der gleichmäßigen Leitung fehlen, die ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für parlamentarische Qualitätsleistungen ist. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat hat daher erklärt, ein Gesetzentwurf, der den Ausschüssen des Reichswirtschaftsrats das Recht der parlamentarischen Selbstverwaltung nicht zugestehen würde, wäre unannehmbar. Er hat beschlossen, daß die Ausschüsse sich ihre Vorsitzenden selber wählen, und außerdem vorgeschlagen, es möge bestimmt werden, daß auf Antrag der Regierung der Reichswirtschaftsrat Persönlichkeiten aus seiner Mitte bestimmen kann, welche die Referenten der Ressorts bei den zum Zwecke der Vorbereitung der Gesetzentwürfe notwendigen Erhebungen und Beratungen unterstützen sollen. Auf diese Weise hofft der Ausschuh, ein besseres Zusammenwirken des Reichswirtschaftsrats mit den Ressorts zu gewährleisten, als dadurch, daß die Referenten bei der Beratung der von ihnen bearbeiteten Entwürfe den Vorsitz in den jeweils zuständigen Ausschüssen führen. Dieser Reimung des Gutachtens muß man zustimmen.

### Die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen.

Zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen im Ausschuh des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats führte sodann die Frage der Verfassung des Unterbaues des Reichswirtschaftsrats. Hierzu stellten die Vertreter der Abteilung II (Arbeitnehmer) an die Regierung die Forderung, dem Reichstag unverzüglich den Entwurf

eines Gesetzes vorzulegen, durch das den Arbeitern und Angestellten die gleichberechtigte Mitwirkung in den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen eingeräumt werde. Darunter sind die Handels-, Gewerbe-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern zu verstehen. Nach erfolgter Umgestaltung dieser Berufsvertretungen im Sinne der Forderung der Abteilung II sollen die Berufsvertretungen berechtigt sein, eine bestimmte Zahl von Mitgliedern in den Reichswirtschaftsrat zu senden, und zwar Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Anzahl. Am Dezember 1922 hatte der Verfassungsausschuh des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats bereits beschlossen, in Verbindung mit den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen ein aus den Vertretern der Unternehmer und der Arbeitnehmer bestehendes Gemeinschaftsorgan zu schaffen, damit auch hier die Absicht des Artikels 165 der Reichsverfassung praktisch durchgeführt werde. Bei den jüngsten Auseinandersetzungen über diese Frage im Ausschuh des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats vertraten jedoch die Unternehmer den Standpunkt, daß der mit ihrer Zustimmung gefasste Beschluß von 1922 einer Nachprüfung bedarf. Das heißt, sie lehnten jetzt die partielle Befreiung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen ab, damit das Unternehmertum in diesen Körperschaften auch in Zukunft unter sich bleiben könne.

Auf die Veränderung der sozialen Machtverhältnisse, die seit 1922 eingetreten ist, reagiert das Unternehmertum also ohne Bedenken in der Weise, daß es die früher, unter anderen Machtverhältnissen gegebene Zulage einfach zurücknimmt. Sachlicher Gründe bedarf es dazu nicht; Verfassungsfragen sind Machtfragen.

### Gegenforderungen der Gewerkschaften.

Für die Arbeiterschaft handelt es sich aber um eine Frage von entscheidendem Wert. Ihre Vertreter im Reichswirtschaftsrat haben die Frage der Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen mit vollem Recht mit der Regelung der Verfassung des endgültigen Reichswirtschaftsrates in Verbindung gebracht, denn diese führende Körperschaft eines nach Artikel 165 der Reichsverfassung gebildeten Organismus der Wirtschaftsdemokratie bedarf eines mehrgliedrigen Unterbaues. Die nur nach territorialen Gesichtspunkten begrenzten Bezirkswirtschaftsräte können allein diesen Unterbau nicht bilden. Dagegen würde die partielle Befreiung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen eine sehr glückliche Lösung der Frage des Unterbaues für diese Bezirkswirtschaftsräte und den Reichswirtschaftsrat darstellen. Es handelt sich hierbei einfach um die Forderung, die öffentlich-rechtlichen Vertretungen der Unternehmer, mit denen diese bisher nur zugunsten ihrer eigenen Interessen einen starken Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung ausüben, auszugestalten zu Arbeitskammern und diese einzubeziehen in den von der Verfassung in Aussicht gestellten Organismus der Wirtschaftsdemokratie. Auch die Schaffung dieser von den Gewerkschaften und der Partei seit Jahrzehnten geforderten Arbeitskammern kann in keiner anderen Weise so zweckmäßig erfolgen, wie dadurch, daß die bereits bestehenden Einrichtungen der neuen Aufgabe gemäß ausgebaut werden. Wie töricht wäre es, neben den vorhandenen Vertretungen weitere zu errichten, um den Bezirkswirtschaftsräten und dem Reichswirtschaftsrat die notwendige beruflich gesicherte Basis zu geben!

Vor allem bedarf es dieser Umgestaltung der Verfassung der öffentlich-rechtlichen Unternehmervertretungen, wenn die vom Breslauer Gewerkschaftskongress aufgestellten Forderungen zur Frage der Wirtschaftsdemokratie Wahrheit werden sollen. Dieser Gewerkschaftskongress zu Breslau hat seinen Standpunkt zur Frage des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts der Arbeiterschaft in einer Entschließung von programmatischer Bedeutung kundgegeben. Die Entschließung fordert die volle Durchführung der Anerkennung des Rechts der Gewerkschaften, am Wirtschafts- und an der Wirtschaftsführung mitbestimmend beteiligt zu werden. Notwendig sei daher, so erklärte der Kongress, die Umgestaltung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu einem organisch aufgebauten Wirtschaftsparlament, sowie die Errichtung der Bezirkswirtschaftsräte nach Artikel 165, die Errichtung von partiell selbstverwalteten Wirtschaftskammern und anderer entsprechender Gemeinschaftsorgane.

Seit diesem Breslauer Beschluß wird die Forderung nach einem in solcher Weise gesicherten Organismus der wirtschaftlichen Demokratie die Deutlichkeit so lange beschäftigen, bis sie erfüllt ist, und die Arbeiter und Angestellten und ihre Organisationen werden keine Gelegenheit, das Programm von Breslau zu propagieren und ganz oder teilweise zu verwirklichen, ungenutzt vorübergehen lassen. Richard Seidel.

### Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 12. Mai berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Landesamts ist gegenüber dem 5. Mai von 122,6 auf 123,5 oder um 0,7 Proz. gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse um 0,9 Proz. von 121,8 auf 122,9, die Industrierstoffe um 0,2 Proz. von 124,2 auf 124,4 angezogen.

Die Angst vor der Stadt. In der Generalversammlung von Ludwig Loewe u. Co. A.-G., deren Bilanz und Geschäftsbericht wir schon besprochen haben, erkundigte sich ein Aktionär nach der Zusammenfassung des Postens „Effekten und Beteiligungen“, der mit 10,5 Millionen in die Aktienseite der Bilanz eingestuft ist. Er wünschte speziell zu wissen, ob die Gesellschaft ihren Bestand an Gesäure-Aktien erhöht hätte und ob sie zur Vergrößerung ihres Effekten- und Beteiligungskontos vielleicht Kredite ausgenommen hätte. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Direktor Salomonsohn von der Diskontogesellschaft, der die Versammlung leitete, machte sich die Antwort sehr leicht. Er erklärte, daß es niemals bei der Gesellschaft üblich gewesen sei, das Effekten- und Beteiligungskonto zu spezialisieren, daß es aber in diesem Jahre ganz besonders unangebracht wäre, Einzelheiten anzugeben, weil die Stadt Berlin Absichten hätte, in den Aktienbesitz von Ludwig Loewe und von Gesäure einzubringen und weil es taktisch unklug sei, einem Gegner die Machtpositionen bekanntzugeben, und ihm damit seine Arbeiten zu erleichtern. Die Auffassung, daß Stadt und Staat sich in Gegensatz zu der Industrie stellen, ist ja nicht neu. Er kommt ja auch in

der Anleihepolitik mancher Industriekreise zum Ausdruck, die die Einengung des Anleihemarttes für städtische Anleihen zu erreichen suchen. Die berufenen Sachwalter öffentlicher Interessen werden sich aber durch diese Feindschaft nicht davon zurückhalten lassen dürfen, in der Beteiligung an Wirtschaftsunternehmungen den Weg zu gehen, den sie im Gesamtinteresse für richtig halten.

Konsumkraft und Textilindustrie. Die Betriebe der Textilindustrie, die es verstanden haben, sich durch entsprechende Umstellung der verringerten Konsumkraft des deutschen Marktes anzupassen, haben selbst im Jahre 1925 nicht unglücklich gearbeitet. Ein Beispiel hierfür bieten die zu den größten Unternehmungen zählenden Meyer-Kaufmann-Textilwerke A.-G. Sie haben zwei in Schlesien arbeitende Spinnerei- und Webereibetriebe für Woll- und Baumwollstoffe. Der Umsatz der Gesellschaft an Fertigwaren war 1925 größer als 1924, er betrug 16,2 Millionen gegen 15 Millionen Mark im Jahre 1924. Man geht nach den Darlegungen im Geschäftsbericht nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Umsatz sich hauptsächlich in Baumwollwaren vollzog, denn die Gesellschaft hat sich entschlossen, weil sie aus dem Geschäft des Jahres 1925 zur Erkenntnis kam, daß Wollfabrikate für den deutschen Markt zu teuer sind, die Herstellung von Wollprodukten einzustellen und hauptsächlich Baumwolle zu verarbeiten. Sie glaubt auch, wie in der Generalversammlung mitgeteilt wurde, erhebliche Ersparnisse durch Verringerung der Angebotszahl zu erzielen. Der Handel habe in Vertiefung der Konsumkraft des deutschen Marktes zu hohe Einkäufe vorgenommen und wurde durch den Rückgang im vorigen Herbst überrascht. Die Gesellschaft schließt ihre Bilanz, bei einem Aktienkapital von 7,04 Millionen Mark, mit einem Reingewinn von 410 925 M., aus dem eine Dividende von 4 Proz. zur Verteilung gelangt. Die Bilanz ist bemerkenswert flüssig. Schulden von etwa 4,6 Millionen, in welche die Spareinlagen der Beteiligungsmitglieder mit 270 000 M. nicht eingerechnet sind, stehen allein Zinsenstände in derselben Höhe gegenüber. Außerdem verfügt das Unternehmen über einen Wechselbestand von 436 656 M., über Kasse und Bankguthaben von 362 458 M. und über Warenbestände in Höhe von 5 1/2 Millionen. Später hat sich die Liquidität noch verbessert. Das Ergebnis wäre besser gewesen, wenn nicht die Vollausnutzung der Betriebe unter dem Mangel an gelerntem Arbeitern litt. Trotzdem wurde in mehreren Schichten gearbeitet.

Eine Interessengemeinschaft der deutschen Juteindustrie. Nach der Auflösung des deutschen Jutekartells, das nicht wieder in Erscheinung treten soll, ist an seiner Stelle eine Jute-Interessengemeinschaft der führenden deutschen Jutefirmen gegründet worden. Die eine Interessengemeinschaft soll in einer nächsten stattfindenden Sitzung Mindestpreise festsetzen, die einzuhalten sich die betreffenden Juteindustriellen verpflichtet haben. Auch Betriebseinschränkungen sind geplant.

Auslandskredite für Mittelwerke. Die Bemühungen, auch mittleren Werten Auslandskredite zuzuführen, haben allmählich Erfolge zu verzeichnen. So werden von der German Credit and Investment Corporation New York eine Reihe langfristiger Kreditbewilligungen an die Maschinenindustrie (Werkzeug- und Holzbearbeitungsmaschinen) gemeldet; und zwar beläuft sich der Mindestbetrag auf 50 000 Dollar. Ebenso wurden größere Anleihen von je einer Million Dollar an ein Textil- und ein Zellstoffwerk gegeben. Die Kredite laufen auf 5 bis 15 Jahre und sind durch hypothekarische Eintreibungen und Warenübertragung gesichert. Die Zahl der zu bearbeitenden Anträge sei sehr groß und vielfältig. Ergänzend sei bemerkt, daß inzwischen auch der englisch-deutsche Investmenttrust (Sitz in London, Kapital eine Million Pfund Sterling) definitiv gegründet wurde. Auch dieser beabsichtigt, die Versorgung mittlerer und kleiner Industriewerke mit langfristigen Betriebsmitteln. Im Gegensatz zu der im Januar in Verbindung mit der Darmstädter und Nationalbank gegründeten European Shares Co., New York, kommen auch hier nicht große Beträge für die bekanntesten Firmen in Frage, sondern Aktien- und Teilschuldbeiträge von 200 000 M. an. Die Bank will ihre Tätigkeit auf Deutschland beschränken. Von deutschen Banken sind bekanntlich mit der Hälfte des Kapitals beteiligt die Preussische Staatsbank (Seehandlung), die Reichskreditgesellschaft, die Deutsche Bank, die Berliner Handelsgesellschaft und die Mitteldeutsche Kreditbank. Der Vorstand besteht aus 5 englischen und 4 deutschen Direktoren.

Kapitalzusammenlegung auf ein Fünftel. Eine gründliche Zusammenlegung des Kapitals nimmt die Nitritfabrik A.-G. in Köpenick vor, die in der Hauptsache für die Herstellung von Produkten beliefert. Sie hat in ihrer Generalversammlung beschlossen, ihr Kapital von 2 Millionen auf 400 000 M. zusammenzulegen und wieder auf 2 Millionen zu erhöhen. Allerdings hat sie im Laufe eines Jahres auch ihre Finanzverhältnisse in Grund und Boden verwirrt. Nachdem das Vorjahr noch einen kleinen Gewinn auswies, schließt sie 1925 mit einem Verlust von 1,61 Millionen oder mehr als Dreipiertel des Aktienkapitals. Die Sanierung wird offenbar auf Verlangen der Gläubigerbanken vorgenommen, die allein 1,11 Millionen zu fordern haben. Diese sollen auch den Hauptanteil der neuen Aktien erhalten (850 000 M.), für die sie Forderungen ausrechnen. Den Schulden des laufenden Betriebs mit 2,09 Millionen stehen auf den Betriebs- und Vorratskonten Aktien von nur 688 000 M. gegenüber. Außerdem besteht aus dem Jahre 1925 noch eine neue Obligationsschuld von 800 000 M. Abgesehen von der Verringerung der Zinslast (die 1925 allein fast eine Viertel Million betrug) wird die Kapitalerhöhung nicht viel neue Mittel bringen, und es dürfte zweifelhaft sein, ob auf diesem Wege die Sanierung gelingen wird. Die Verwaltung selbst ist optimistisch. Ihr Geschäftsbericht meldet größere Umsätze und auch bessere Preise. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist ein Unikum. Unter den Betriebs-einnahmen verzeichnet sie überhaupt nichts als den Riesenverlust von 1,61 Millionen. Das ist zwar unzulässig, denn Einnahmen waren da; aber der Wit trifft doch die Sache.

**Komet-Freilauf**  
mit der modernen Konstruktion der Lamellenbremse

# Maggi's Fleischbrüh-Würfel

Achtung auf den Namen „Maggi“ und die gelbrote Packung.

sind mit bestem Fleischextrakt und feinsten Gemüseauszügen auf das sorgfältigste hergestellt. Ein Würfel in gut 1/2 Liter kochendem Wasser aufgelöst, gibt sofort kräftige Fleischbrühe zum Eintreten, zur Zubereitung und Verbesserung aller Arten Suppen, Soßen und Gemüse. 1 Würfel 4 Pfennig.



Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 1. Kreis Mitte. Die Versammlung der kommunalen Kommission am Montag, den 17. Mai...

Heute, Sonnabend, den 15. Mai:

- 10. Vst. Schönewald. Die Schreibmännchen Mittelalter werden gebeten, sich heute nachmittags um 4 Uhr in der S. Gemeindehalle...

Morgen, Sonntag, den 16. Mai:

12. Vst. Soemittags 9 1/2 Uhr Funktionärstreffen bei Valentin, Kruststr. 26. 13. Vst. Die Genossen der Jüdischen Gemeinde...

Jugendkassen. Gruppe Schönewald: Heute, Sonnabend, abends 7 Uhr, im Jugendheim Baumstr. 15...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Charlottenburg: Heute, Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, Treffen im Heim...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

13. Vst. Reußh. Unter landesherrlicher Genosse Wilhelm Jäger, Tempelhof Str. 11, ist im Alter von 56 Jahren verstorben...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38. Sof. 2 Tr. Vorträge: Rur Rundschau Lohndiensthäuser...

Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Republikaner. Sonnabend, den 15. Mai, abends 8 Uhr, in Humboldt Bierhaus...

JAHRESSCHAU DRESDEN 1926 Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung Internationale Kunst-Ausstellung

Theater Lichtspiele n/w.

Lessing-Th. 8 Uhr: Gastspiel Saltenburgs Bühnen

Central-Theater 8 Uhr: Eva Bonheur

Staats-Theater Opernhaus am Königplatz

D. fröhliche Weinberg

Deutsches Kunst-Theater 8 Uhr: Ein Walzertraum

Städtische Oper Charlottenburg

Kleines Th. 8 1/2 Uhr: Irrgarten der Liebe

Metropol-Theat. 8 Uhr: Das Recht auf Arbeit

Geschlossene Vorstellung

Casino-Theater 8 Uhr: Das Recht auf Arbeit

Rose-Theater 8 1/2 Uhr: Die Nacht der Nächte

Deutsches Theater Norden

Residenz-Theat. 8 1/2 Uhr: Verbotene Küsse

Inlerieren bringt ERFOLO!

Viktoria Kammerspiele

Volkshühne Theater am Blümlplatz

Die Freier

Die Komödie Bismarck

Großes Schauspielhaus Täglich 8 1/2 Uhr

Alt-Meidelberg

Theater!...

Komische Oper 8 1/2 Uhr: Berlin ohne Hemd!

Rennen zu Karlsruh

SCALA 8 Uhr: Internat. Varieté

50 Prozent des Kassenpreises!

Tepper-Laski-Jagdrennen

Trianon-Th. Alraune

50 Prozent des Kassenpreises!

Tepper-Laski-Jagdrennen

Hühneraugen und Hornhaut

50 Prozent des Kassenpreises!

Tepper-Laski-Jagdrennen

Krudox

50 Prozent des Kassenpreises!

Tepper-Laski-Jagdrennen

Krudox

50 Prozent des Kassenpreises!

Tepper-Laski-Jagdrennen

Krudox

50 Prozent des Kassenpreises!

Tepper-Laski-Jagdrennen

Krudox

50 Prozent des Kassenpreises!

Tepper-Laski-Jagdrennen

Krudox

50 Prozent des Kassenpreises!

Tepper-Laski-Jagdrennen

Krudox

50 Prozent des Kassenpreises!

Tepper-Laski-Jagdrennen

Krudox

50 Prozent des Kassenpreises!

Tepper-Laski-Jagdrennen



Ein Hundeleben

Groteske in vier Akten

Madame, benehmen Sie sich

5 tolle Akte in der Art von „Charleys Tante“

Marmorhaus

Schmidt-Gentner dirigiert

Uraufführung: Täglich 7 30 und 9 15 Uhr

HUNDE Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.

Garderobe auf Kredit für Damen u. Herren

Niedrigste Anzahlung, allereichteste Ratenzahlungen.

Cohn im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58

im Norden: Badstr. 47-48

Einjährigbahn, Hofschüler, erfolgreich. Urbanstraße 170.

Spreewaldfahrten Für die schönsten

ist Wollwerk bei Lübben der beste und bequemste Ausflugsplatz.

ist Wollwerk bei Lübben der beste und bequemste Ausflugsplatz.

Preußische Staatsbank (Seehandlung)

Berliner Handels-Gesellschaft S. Bleichröder

Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft

Direction der Disconto-Gesellschaft J. Dreyfus & Co.

F. W. Krause & Co. Bankgeschäft Mitteldeutsche Creditbank

Deutsche Bank Berliner Stadtbank

Brandenburgische Girozentrale Darmstädter und Nationalbank

Deutsche Girozentrale Dresdner Bank

Jacquier & Securius Mendelssohn & Co.

Reichs-Kredit-Gesellschaft A.G. Lazard Speyer-Ellissen

Hugo Schmolinsky

Reichshallen-Theater

Ein Haus voll von Leben

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Josef Hartmann

Erfolg haben Inserate Vorwärts







# Das große Pfingst-Angebot!

**Wuschseidenes Kleid** (Kunstseide) die mod. Kombinat. **9.75**

**Jugendl. wuschseid. Kleid** (Kunstseide) neue Hahnentritts. **13.75**

### Modewaren

**Blusenkragen** 55 Pz.  
Opal, mit Spitze . . . 83

**Kleiderkragen** 85 Pz.  
Trikotse, viele Farben 1.25

**Bindekragen** 1.25  
Opal, mit Spitze . . . 1.75

**Kleiderwesten** 1.75  
mod. Form, Opal, m. Spitze 2.25

**Damen-Schals** 1.95  
in neuesten Mustern . . . 3.03

### Handschuhe

**Handschuhe für Damen** 95 Pz.  
Leinwandmischung . . . Paar 1.25

**Handschuhe für Damen** 2.45  
Glanz . . . Paar 2.05

**Handschuhe für Damen** 3.45  
Prima Ziegenleder Paar 4.99

**Buchstaben-** 32 Pz.  
Tücher, Batist-Hohle, &c.

**Kavaller-** 65 Pz.  
Taschen-  
Handtaschen, &c.

**Crêpe de Chine** 1.45  
Tücher, neueste Must. &c.

**Wuschseidenes Kleid** (Kunstseide) **4.90**  
neueste Farbe

### Strümpfe

**Damenstrümpfe** 58 Pz.  
feine Baumwolle, veredelte  
Ferse und Spitze . . . Paar 75

**Damenstrümpfe** 95 Pz.  
guter Seidenstoff, alle Mode-  
farben . . . Paar 1.25

**Damenstrümpfe** 95 Pz.  
Kunstseide, mit kleinen  
Schubstiftchen . . . Paar

**Damenstrümpfe** 1.45  
Seidenstoff, klar, Gewebe, groß,  
Farbort, auch weiß, Paar 1.95

**Damenstrümpfe** 1.95  
Kunstseide, Seidenmuster,  
Paar . . . 2.00

**Damenstrümpfe** 2.50  
bester Seidenstoff, in allen  
Modifarben . . . Paar

**Damenstrümpfe** 3.45  
Kunstseide, bester Ersatz  
für Trauseide . . . Paar 2.99

**Kindersöckchen** 65 Pz.  
mit farbiger, Wellrand, Gr. 6-10  
Paar 80, Gr. 1-4 . . . Paar

**Unterkleider** 195  
(Kunstseide)  
große Farbpalette, 2.05

**Reinsiden. Bast-Kleid** mit spart. Schößen-  
schleife **16.50**

**Elegantes Kleid**  
Wuschseidenes, aparte  
Druckmuster **19.75**

### Damen-Wäsche

**Taghemden u. Beinkleider** 1.25  
mit Stickerei . . . 1.45

**Taghemden** 1.95  
elegante Ausführungen . . . 2.75

**Farbige Hemdhosen** 2.45  
Opal-Beize

**Farbige Hemdhosen** 2.95  
Opal . . . 3.25

**Prinzeß-Röcke** mit Kollern  
oder Stickerei . . . 2.45

**Hemdhosen, Windelform** 2.25  
mit Stickerei . . . 2.35

**Kunstseid. Hemdhosen** 1.95  
u. Schilppfer, groß, Farbpalette 2.05

**Frottierhandtücher** 95 Pz.  
weiß oder gestreift . . . 1.45

**Badelaken** { 100x100 3.45  
125x165 6.90

**3 Serien Herren-Socken**

neueste **1.25** Er- **95** fei-  
Karten straff Paar Pz. nfarbig Paar 65 Pz.

**Vornehm. Kleid** 17.50  
Bemberg, Ackerweide, Crêpe  
de Chine-Rombe

**Rips-Mantel** 19.75  
Eleganz, wie Abbildung oder  
ähnlich . . . 20.75

**Seiden-Mantel** 19.75  
kunstseidenes Kragia, feine  
Formen . . . 27.75

**Altwelt.-Mantel** 19.75  
Barburryart-Stoffe, feine  
Formen . . . 29.75, 26.75

### Herren-Artikel

**Oberhemden m. Kragen** 4.90  
gute Perkalqualität . . . 6.90

**Oberhemden m. Kragen** 7.90  
in den neuen Farben, Trikolorestrafe 9.50

**Oberhemden m. Kragen** 10.75  
Trikotse, feine Sommerfarben . . . 12.75

**Herren-Einsatzhemden** 1.95  
unbeartig, kühlsche Streifen . . . 2.75

**Herren-Garnituren** 4.95  
Jacke und Hose, feinfarbig . . . 8.45

**Knaben-Sporthemden** 2.25  
gestreift, Zephyr, Gr. 60,  
Steigerung per Größe 30 Pz.

**Selbstbinder** in großer Muster-  
auswahl, neueste Dessins . . . 65 Pz.

**Selbstbinder** 1.45  
reine Seide, aparte Neubeiten . . . 1.95

**Selbstbinder** 2.45  
reine Seide, bessere Qualität . . . 2.95

**Sportkragen** 35 Pz.  
Rips, alle Weiten . . . 35

**Schillerkragen** 95 Pz.  
weiß oder bunt . . . 95

**Herren-Sportgürtel** 95 Pz.  
Leder . . . 1.45

# LINDEMANN & CO. AKT. GES.

Hauptstr. 149 150 Landshorger Allee 29 Neu-Turmstr. Ecke Oltstr.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Sonntag, den 16. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Cielstraße 63/65:  
**Branchenversammlung der Emailleler.**  
Tagesordnung: 1. Neuwahl der Vorstandskommission, 2. Branchenangelegenheiten, 3. Bericht des Vorsitzenden.  
Eine Mitgliedsbuchlein Zutritt.

Montag, den 17. Mai, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Cielstraße 63/65:  
**Branchenversammlung sämtlicher Kollegen Schmiede aus den Innungsbetrieben.**  
Tagesordnung: 1. Berufsfragen, 2. Branchenangelegenheiten, 3. Bericht des Vorsitzenden.  
Sachverständigen-Erklärungen sind erwünscht.

Montag, den 17. Mai, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Cielstraße 63/65:  
**Branchenversammlung aller in der Glanzschmelzerei beschäftigten Kolonnenführer und Vorzeigler.**  
Tagesordnung: 1. Auftragsbuch des Geschäftsführers, 2. Bericht des Vorsitzenden wegen der wichtigen Tagesordnung wegen der im Besonderen alle Kollegen notwendig die Ortsvereinsmitglieder.

**Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage billig!**  
den Vorwärts und trotzdem

## Auf Teilzahlung Garderobe

in guten Qualitäten zu niedrigsten Preisen bei kleinster Anzahlung und leichtester wöchentl. oder monatlich Teilzahlung

**HERREN:** Anzüge, Smoking, Jacketts, Westen, Fracks, Paletots, Rejantmantel

**DAMEN:** Mäntel, Kostüme, Kleider, Haarschmuck, Hüte, Strickwesten

**Norden: BEISER ostern: Lothringer Str. 67 :: Frankfurter Allee 336**

### Gute Belohnung

Am Montag, den 16. Mai, nachmittags gegen 4 Uhr, ist in einer zweifachen Lotterielose eine **schwarze Aktentasche mit Griff** enthaltend Geldscheine, die der Stadt Coblenz, liegen gelassen.

Die Tasche wurde benutzt zum Sandweg bis zur Ecke Unter den Linden und Wilhelmstraße, Rückgabe an Polizeikontrolle 1, Georgenstraße, nahe Bahnhof Friedrichstraße.

### Verkäufe

Reisegeräte (Kücher, Erbsen), Silber- und Goldschmuck, Porzellan, Kunstgegenstände, etc.

Reisegeräte (Kücher, Erbsen), Silber- und Goldschmuck, Porzellan, Kunstgegenstände, etc.

**Waffenhandlung, Kunstgegenstände, etc.**  
Reisegeräte, Silber- und Goldschmuck, Porzellan, Kunstgegenstände, etc.

**Reisegeräte, Silber- und Goldschmuck, Porzellan, Kunstgegenstände, etc.**

**Reisegeräte, Silber- und Goldschmuck, Porzellan, Kunstgegenstände, etc.**

**Reisegeräte, Silber- und Goldschmuck, Porzellan, Kunstgegenstände, etc.**

### Vermietungen

**Zimmer**  
Zimmer, Erdgeschoss, auf einem Hof, Reinlichkeit, etc.

### Arbeitsmarkt

**Stellengesuche**  
Gesucht mehrere erfahrene ältere Schmelzer

die bereits Erfahrung im Metallschmelzen in tieferen Abteilungen haben, für eine Feueranlage Berlin. Angebots mit Zeugnisabschriften unter Sch. 2 A. 520 an Rudolf Mosse, Berlin W 30, Martin-Luther-Str. 9.

### Schmelzer Goldleitenfabrik

Sucht in dauernde Stellung **Leisten-Grundierer**

(Männlich, 6 Stunden u. w.) in der Werkstatt für Gold- und Silber, Bronze, etc., etc. Z. H. 1899 befindet sich in der Ecke, etc.